



**University of  
Zurich**<sup>UZH</sup>

**Zurich Open Repository and  
Archive**

University of Zurich  
University Library  
Strickhofstrasse 39  
CH-8057 Zurich  
[www.zora.uzh.ch](http://www.zora.uzh.ch)

---

Year: 2018

---

## **Studie zur kantonalen Volksabstimmung vom 23. September 2018**

Serdült, Uwe ; Milic, Thomas ; Brüggemann, Salim

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-159202>

Published Research Report

Published Version

Originally published at:

Serdült, Uwe; Milic, Thomas; Brüggemann, Salim (2018). Studie zur kantonalen Volksabstimmung vom 23. September 2018. Aarau, Switzerland: Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA).

Thomas Milic, Uwe Serdült, Salim Brüggemann

# FOKUS Aargau

Studie zur kantonalen Volksabstimmung  
vom 23. September 2018

FOKUS Aargau Nr. 1, November 2018

[berichte.fokus.ag](http://berichte.fokus.ag)  
[www.zdaarau.ch](http://www.zdaarau.ch)

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick</b>	<b>2</b>
<b>2 Die Aargauische Volksinitiative «Millionärssteuer – Für eine faire Vermögenssteuer im Aargau»</b>	<b>4</b>
2.1 Die Ausgangslage . . . . .	4
2.2 Die Beteiligung . . . . .	5
2.3 Die Meinungsbildung . . . . .	9
2.3.1 Die Bedeutung der Vorlage . . . . .	9
2.3.2 Verständnisschwierigkeiten und Wissensstand . . . . .	9
2.3.3 Die Informationsgewinnung . . . . .	10
2.3.4 Der Entscheidzeitpunkt . . . . .	12
2.4 Der Stimmentscheid . . . . .	13
2.4.1 Der Stimmentscheid nach sozialen Merkmalen . . . . .	13
2.4.2 Der Stimmentscheid nach politischen Merkmalen . . . . .	15
2.4.3 Die Motive hinter dem Entscheid . . . . .	17
2.4.4 Die Rolle der Argumente . . . . .	19
<b>3 Methodischer Steckbrief</b>	<b>25</b>
3.1 Die Datenerhebung . . . . .	25
3.2 Die Stichprobe . . . . .	25
3.3 Die Gewichtung . . . . .	25
3.4 Zur Inferenz . . . . .	27
<b>Anhang</b>	<b>29</b>
<b>Abbildungsverzeichnis</b>	<b>33</b>
<b>Tabellenverzeichnis</b>	<b>34</b>
<b>Impressum</b>	<b>35</b>

# 1 Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick

## Kein Graben zwischen Arm und Reich

Der Entscheid zur Millionärssteuerinitiative folgte erwartungsgemäss dem klassischen Links-rechts-Schema. Das JUSO-Begehren wurde von den bürgerlichen Parteienhängerschaften mit Nein-Anteilen zwischen 80 und über 90 Prozent klar abgelehnt. Unterstützung fand die Initiative hingegen bei politisch links eingestellten Jugendlichen und bei den Anhängerschaften von SP und Grünen. Allerdings war diese Unterstützung nicht ungeteilt: Etwa vier von zehn SP- und Grünen-Sympathisantinnen und Sympathisanten legten ein Nein in die Urne.

Ein Graben zwischen Reich und Arm ist zudem nicht zu erkennen. Die weniger Verdienenden haben die Initiative zwar etwas stärker unterstützt als Vermögende, aber selbst im tiefsten Einkommensquartil ist der Ja-Anteil (33 %) weit entfernt von einer Mehrheit. Zwar haben Stimmende, die sich positive persönliche Konsequenzen von einer Annahme der Initiative versprochen, die Vorlage mit einer Zweidrittel-Mehrheit angenommen, doch ihrer waren zu wenige: Bloss etwa fünf Prozent glaubten, die JUSO-Initiative ändere für sie selbst etwas zum Besseren. Die meisten Stimmenden (61 %) konnten hingegen keinerlei persönliche Betroffenheit in der Vorlage erkennen und lehnten sie wohl auch deswegen deutlich ab (69 % Nein-Anteil).

## Pro-Argumente stiessen auf Sympathie

Aufschlussreich ist zudem, dass die Argumente der Befürworterschaft durchaus auf Anklang stiessen. Im Prinzip, so äusserte sich eine Mehrheit der Stimmenden (55 %), brauche der Kanton Aargau mehr Steuereinnahmen. Auch eine stärkere steuerliche Belastung von Vermögenden empfindet eine knappe Mehrheit (51 %) als angemessen. Indes wurde all dies überlagert durch die Sorge, dass Vermögende in der Folge wegziehen könnten, womit dem Kanton letztlich mehr Steuern entgehen würden, als er neu einnehmen könnte. Diese Sorge schlägt sich beispielsweise auch darin nieder, dass zwei Drittel aller Stimmenden die Initiative – trotz gewisser Sympathien – nicht für ein geeignetes Mittel hielten, die Kantonsfinanzen zu sanieren.

## Noch keine Smartphone-Demokratie

Die Entscheidungsfindung bereitete der grossen Mehrheit (82 %) der Stimmenden keine Schwierigkeiten. Bezüglich Mediennutzung liegt die frei Haus gelieferte Broschüre des Kantons klar an der Spitze (Nutzungsrate: 86 %), ähnlich wie dies auf nationaler Ebene für das Bundesbüchlein der Fall ist. Soziale Medien wie Facebook und Twitter werden für die Informationsgewinnung hingegen nur von einer kleinen Minderheit der Stimmenden (7 %) verwendet. Bei kantonalen Abstimmungskämpfen ist man also noch ein gehöriges Stück weit von einer Smartphone-Demokratie entfernt. Weiter werden verbreitet genutzt: Die Tageszeitungen, die Diskussion im Bekanntenkreis sowie Radio und Fernsehen.

Die Beteiligung an diesem Urnengang war unterdurchschnittlich. Das Thema hat nicht besonders mobilisiert. Das Desinteresse am Abstimmungsthema war denn auch einer der Hauptgründe, wes-

halb man der Urne fernblieb. Wie aus der Abstimmungsforschung allgemein bekannt, beteiligten sich ältere, hochgebildete und mit dem Kanton stark verbundene Männer am ehesten am Urnengang. Übergreifend sind jedoch der Bildungsgrad und daraus folgend das politische Interesse die wichtigsten Erklärungsfaktoren für die Teilnahme. Diejenigen Kreise von Linksaussen, die die Initiative am stärksten unterstützten, darunter viele Jüngere, haben sich zudem nur unterdurchschnittlich am Urnengang beteiligt.

## 2 Die Aargauische Volksinitiative «Millionärssteuer – Für eine faire Vermögenssteuer im Aargau»

### 2.1 Die Ausgangslage

Im Juni 2016 reichten die Jungsozialisten (JUSO) des Kantons Aargau die Initiative «Millionärssteuer – Für eine faire Vermögenssteuer im Aargau» (nachfolgend: Millionärssteuerinitiative) mit 3'061 gültigen Unterschriften ein. Die Initiative verlangte eine Erhöhung des Steuertarifs für steuerbare Vermögen über 475'000 CHF. Für Vermögen unter 475'000 CHF sah die Initiative indessen keine Erhöhung bzw. gar eine leichte Milderung des Tarifs vor. Insgesamt wären von der Tarifierhöhung rund 11 Prozent der kantonalen Steuerpflichtigen betroffen gewesen. Die Initianten und Initiantinnen begründeten ihren Vorstoss primär damit, den kantonalen Finanzhaushalt mit diesen Massnahmen sanieren zu wollen.

Der Regierungsrat empfahl das Begehren zur Ablehnung ebenso wie der Grosse Rat (mit 92 zu 37 Stimmen). Die bürgerlichen Parteien bekämpften die Vorlage. Im Parlament stimmten die Vertreterinnen und Vertreter der SVP, FDP, CVP, BDP, EVP, EDU und glp (bis auf eine Ausnahme) geschlossen dagegen. Die Gegnerschaft wies dabei vor allem darauf hin, dass der geforderte Vermögenstarif die Attraktivität des Kantons als Wohnort für Vermögende massiv beeinträchtigen würde. Unterstützung erhielt das Begehren indessen von linker Seite: Die Mandatsträgerinnen und -träger der SP und Grünen stimmten im Grossen Rat geschlossen zugunsten der Initiative. Die Auseinandersetzung folgte demnach dem klassischen Links-Rechts-Gegensatz.

Die Vorlage wurde am 23. September 2018 bei einer Stimmbeteiligung von 35.4 Prozent von 74.6 Prozent der Teilnehmenden verworfen. Die Vorlage vermochte zudem in keinem der elf Bezirke des Kantons einen Ja-Anteil von mehr als 30 Prozent zu erzielen.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> Zu den detaillierten amtlichen Ergebnissen siehe: <https://fokus.ag/sept18/ag.ch>

## 2.2 Die Beteiligung

Die Beteiligung bei der kantonalen Vorlage fiel mit 35.4 Prozent unterdurchschnittlich aus.<sup>2</sup> Am Abstimmungssonntag wurde zudem auch noch über drei eidgenössische Vorlagen befunden. Alle drei nationalen Sachfragen erreichten eine leicht höhere Partizipationsquote als die kantonale Millionärssteuerinitiative. Ohne die eidgenössischen «Zugpferde» wäre die Beteiligung bei der Millionärssteuerinitiative demnach wohl noch tiefer ausgefallen. Um wie viel tiefer? Dazu wurden die Teilnehmenden gefragt, ob sie sich auch dann beteiligt hätten, wenn *einzig* über die Millionärssteuer entschieden worden wäre. Rund sieben Prozent antworteten, sie wären unter diesen Voraussetzungen bestimmt bzw. vermutlich *nicht* zur Urne gegangen. Weitere 19 Prozent hätten gemäss eigenem Bekunden vermutlich partizipiert, hielten aber ein Fernbleiben offenbar nicht für gänzlich ausgeschlossen. Übrig bleiben damit noch 73 Prozent, die angaben, dass sie sich *auf jeden Fall* beteiligt hätten. Gefragt wurde zudem, ob man sich umgekehrt am eidgenössischen Urnengang beteiligt hätte, wäre die Millionärssteuerinitiative *nicht* vorgelegt worden. Mit anderen Worten: Wer ging primär wegen der Millionärssteuerinitiative zur Urne? Bei dieser Frage gaben nun 89 Prozent an (bei der kantonalen Vorlage waren es, wie gesagt, bloss 73 %), dass sie die eidgenössische Abstimmung unter keinen Umständen verpasst hätten. Kurz, die Beteiligung zur Millionärssteuerinitiative wurde durch die eidgenössischen Vorlagen mitgetragen. Sie wäre ohne die drei nationalen Vorlagen – konservativ geschätzt – rund zwei bis drei Prozentpunkte tiefer ausgefallen.

Aus der Beteiligungsforschung wissen wir, dass ältere Männer mit hohem Bildungs- und Einkommensniveau bei Wahlen und Abstimmungen übervertreten sind, während tiefere Bildungsschichten, junge Stimmberechtigte und Frauen eher oder gar stark untervertreten sind. Genauso verhielt es sich auch beim Urnengang vom 23. September 2018: Männer beteiligten sich fleissiger (41 %) als Frauen (30 %), ältere Stimmberechtigte öfter (über 70-Jährige: 55 %) als junge Stimmberechtigte (19-29-Jährige: 19 %) und hohe Bildungsschichten waren stärker vertreten (48 %) als tiefe Bildungsschichten (22 %).<sup>3</sup> Während der altersabhängige Geschlechterunterschied betreffend Beteiligung bei älteren Altersgruppen noch stärker ausgeprägt ist, verschwindet er bei den Jüngeren. Ein weiterer guter Prädiktor für die Beteiligung ist indessen wie üblich das politische Interesse, was jedoch seinerseits wiederum von denselben sozio-demographischen Faktoren abhängt: Wer sich für Aargauer Politik im Speziellen sehr interessiert, dessen Teilnahme war in der Folge ziemlich sicher (76 %). Je geringer dieses Interesse, desto unwahrscheinlicher eine Stimmbeteiligung. So nahmen

<sup>2</sup> Die Grundlage zur Berechnung der durchschnittlichen Beteiligung bildeten die 42 kantonalen Vorlagen seit 2010. In diesem Zeitraum beteiligten sich im Schnitt 39.9 Prozent der Aargauer Stimmberechtigten bei kantonalen Sachfragen. Dieser Durchschnitt berücksichtigt allerdings nicht, über wie viele Vorlagen an einem Abstimmungswochenende abgestimmt wurde und ebenso wenig, ob gleichzeitig auch noch eidgenössische Sachfragen vorgelegt wurden. Tatsächlich sind die nationalen Vorlagen häufig auch Beteiligungstreiber für kantonale Vorlagen. Ein gutes Beispiel ist etwa der Abstimmungstermin vom 28. Februar 2016: Die damalige kantonale Volksinitiative «Weg mit dem Tanzverbot!» erzielte eine ausserordentlich hohe Beteiligung von 61.5 Prozent. Tatsächlich dürfte diese aber weniger der Auseinandersetzung um Partygänger und nächtliche Ruhestörungen geschuldet gewesen sein als vielmehr dem Umstand, dass am gleichen Termin über die kontroverse, nationale Durchsetzungsinitiative befunden wurde. Wäre das Tanzverbot einzeln vorgelegt worden, wären wohl nicht 60 Prozent der Aargauer Stimmberechtigten zur Urne gegangen. Kurz, die Beteiligungshöhe bei einer kantonalen Vorlage sagt nicht notwendigerweise etwas über ihre Mobilisierungskraft aus.

<sup>3</sup> Die Stärke der rein bivariaten Zusammenhänge soziodemographischer Merkmale mit der Beteiligung berücksichtigt nicht, dass sich die aufgeführten Faktoren zuweilen überschneiden. Mit Hilfe von multivariaten Verfahren lässt sich zeigen, dass die Bildung den stärksten Einfluss hat.

politisch gänzlich Uninteressierte kaum teil (4 %).

Tabelle 1: Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

<b>Merkmale</b>	<b>Stimmbeteiligung in %</b>	<b>n</b>	<b>Cramér's V Standardfehler</b>
<b>Total</b>	35.5	1338	
<b>Geschlecht</b>			V = .12***
Männer	41	693	±3.7
Frauen	30	642	±3.5
<b>Alter</b>			V = .29***
18-29 Jahre	19	167	±6.0
30-39 Jahre	20	173	±6.0
40-49 Jahre	28	182	±6.5
50-59 Jahre	40	290	±5.6
60-69 Jahre	49	234	±6.4
70 Jahre und älter	55	290	±5.7
<b>Bildungsgrad (höchster Schulabschluss)</b>			V = .17***
Obligatorische Schulbildung	22	83	±8.9
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	30	559	±3.8
Maturität/höhere Berufsbildung	39	326	±5.3
Fachhochschule/Uni/ETH	48	364	±5.1

In dieser und den nachfolgenden Tabellen ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe angegeben, für die das Konfidenzintervall (Konfidenzniveau = 95%) ermittelt wurde. Um die Signifikanz eines Zusammenhangs zwischen zwei Variablen zu überprüfen, wurde jeweils Pearsons Chi-Quadrat-Test verwendet. \*\*\* steht dabei für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Promille ( $Pr < .001$ ), \*\* für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als einem Prozent ( $Pr < .01$ ) und \* für eine Irrtumswahrscheinlichkeit von weniger als fünf Prozent ( $Pr < .05$ ). Um die Stärke des Zusammenhangs auszuweisen, wurde das Chi-Quadrat-basierte Assoziationsmass Cramér's V ausgewiesen (auf der Basis der gewichteten Werte). Cramér's V kann dabei Werte zwischen 0 (kein Zusammenhang) und 1 (perfekter Zusammenhang) annehmen.

Politische Merkmale spielten hingegen bei der Teilnahme keine sonderlich wichtige Rolle. Die Beteiligungsraten unterscheiden sich zwischen den Parteianhängerschaften nur geringfügig. Die SVP-Anhängerschaft beteiligte sich etwas weniger fleissig als die Anhängerschaften der SP, FDP und CVP. Aufgrund des Stichprobenfehlers für die entsprechenden Partizipationsraten ist dieser Befund jedoch mit Umsicht zu interpretieren. Schlüsselt man die Beteiligung nach ideologischer Selbstidentifikation auf, stellt man fest, dass links aussen – demnach just bei jenen, die am ehesten für die Initiative stimmten – die Beteiligung am tiefsten war. Gerade mal ein knappes Drittel (29 %) derer, die sich links aussen einstufen, gab seine Stimme zur Millionärssteuerinitiative ab. Am deutlichen Resultat hätte sich indessen nichts geändert, hätten die Linksaussen-Wähler fleissiger partizipiert, denn die Gruppe jener, die sich im Kanton Aargau links aussen einstuft, ist zahlenmässig gering.

Von Bedeutung war jedoch die Verbundenheit mit dem Kanton: Wer sich dem Aargau stark oder gar sehr stark verbunden fühlt, war auch viel eher geneigt, teilzunehmen (36 bzw. 48 % Beteiligungsrate) als solche, die sich mit dem Aargau kaum identifizieren (rund 25 % Beteiligungsrate). Dieser Effekt ist teilweise auch dem Umstand zuzuschreiben, dass sich vor allem ältere Stimmberechtigte mit dem Aargau stark verbunden fühlen und diese sind wiederum fleissigere Urnengängerinnen und Urnengänger als Junge. Eine multivariate Analyse des Effekts von Alter und Verbundenheit auf die Beteiligungsbereitschaft zeigt aber, dass sich beide Faktoren unabhängig voneinander auf die Teilnahmewilligkeit auswirken.

Warum blieben viele Stimmberechtigte der Urne fern? Fast die Hälfte (46 %) aller Stimtabstinenten



Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

<b>Merkmale</b>	<b>Stimmbeteiligung in %</b>	<b>n</b>	<b>Cramér's V Standardfehler</b>
<b>Total</b>	35.5	1338	
<b>Politisches Interesse</b>			V = .45***
Sehr interessiert	76	302	±4.8
Eher interessiert	42	684	±3.7
Eher nicht interessiert	15	290	±4.1
Überhaupt nicht interessiert	4	52	±5.3
<b>Verbundenheit mit Kanton (0-4)</b>			V = .18***
0 (überhaupt nicht)	23	23	±17.2
1	23	76	±9.5
2	27	268	±5.3
3	35	544	±4.0
4 (stark verbunden)	48	410	±4.8
<b>Regierungsvertrauen (0-10)</b>			V = .19***
Sehr gering/gering (0-4)	27	189	±6.3
Mittel (5)	33	206	±6.7
Hoch (6-8)	45	692	±3.5
Sehr hoch (9,10)	50	124	±8.7
Weiss nicht	10	105	±5.7
<b>Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)</b>			V = .11*
Linksaussen (0-2)	29	112	±8.4
Links (3,4)	39	324	±5.3
Mitte (5)	33	291	±5.4
Rechts (6,7)	44	354	±5.2
Rechtsaussen (8-10)	41	153	±7.8
<b>Parteiidentifikation</b>			V = .23***
glp	50	90	±10.3
CVP	47	115	±9.1
FDP	45	206	±6.8
SP	42	192	±7.0
Grüne	42	97	±9.8
SVP	38	256	±5.9
Andere, mehrere	35	134	±8.1
Keine	18	248	±4.8

gab an, den Urnengang schlicht vergessen zu haben.<sup>4</sup> Der am zweithäufigsten genannte Grund für die Nicht-Teilnahme war das Desinteresse an den Stimmthemen (43 %). Weder die drei nationalen Vorlagen noch die kantonale Millionärssteuerinitiative vermochten diese 43 Prozent der Nicht-Teilnehmenden zur Teilnahme zu bewegen. Vergleicht man diesen Wert mit den nationalen Werten aus den VOTO-Erhebungen, so fällt er überdurchschnittlich hoch aus. Gemäss eigenen Angaben waren des Weiteren 36 Prozent der Abstinenten verhindert, während für rund ein Viertel (23 %) das Abstimmungsergebnis im Vornherein feststand, weshalb sie von einer Teilnahme absahen. Ähnlich häufig wurden die Entscheidungsunsicherheit (26 %) und die Irrelevanz der eigenen, individuellen Stimmabgabe (20 %) als Gründe für die Nicht-Teilnahme angegeben. Eine gewisse Rolle spielte der Komplexitätsgrad der vorgelegten Sachfragen: Etwa ein Viertel der Abstinenten (23 %) kolportierte in Selbstzensur, dass sie die hohe Komplexität der Vorlagenthemen davor abschreckte, teilzunehmen.

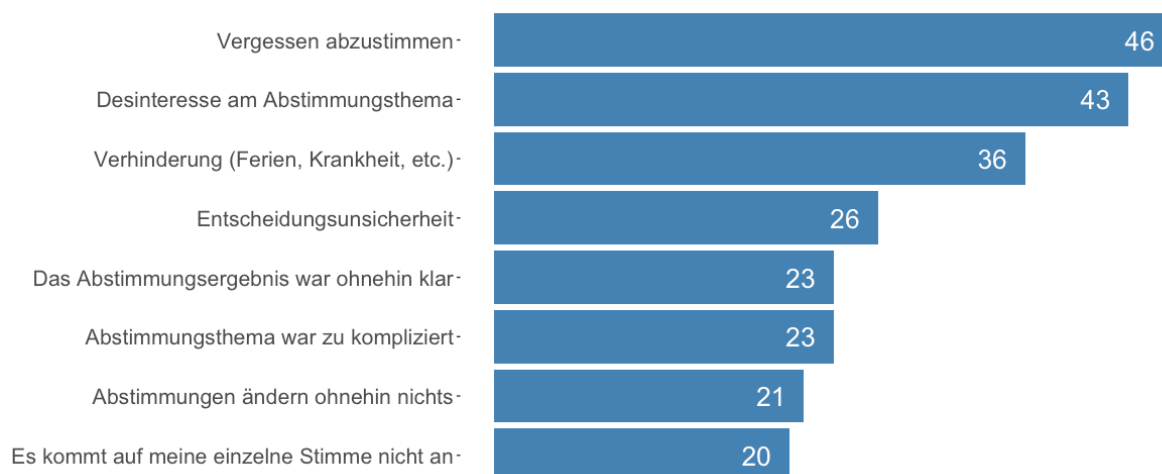


Abbildung 1: Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (in % der Nicht-Teilnehmenden)

<sup>4</sup> Wir müssen aufgrund des Phänomens der sozialen Erwünschtheit davon ausgehen, dass der reale Anteil tiefer liegt als bei den ausgewiesenen 46 Prozent. Das Phänomen der sozialen Erwünschtheit besteht darin, dass Menschen gegen ausser auf Nachfragen hin einer allgemein akzeptierten Verhaltensnorm entsprechen wollen. Da in Demokratien gemeinhin die Teilnahme am politischen Prozess, insbesondere an Wahlen und Abstimmungen, als etwas Positives angesehen wird, geben die Befragten an, abgestimmt zu haben, obwohl dem de facto nicht so war. Das heisst nicht per se, dass gelogen wird. In vielen Fällen ist es so, dass die Befragten sich selektiv durchaus an Urnengängen beteiligen, aber gerade an demjenigen, der abgefragt wird, nicht. Aus Wahlregister-Studien wissen wir, dass sich 80–90 % der Stimmberechtigten in einem Zeitraum von rund vier Jahren mindestens einmal an Abstimmungen beteiligen.

## 2.3 Die Meinungsbildung

Bevor der Stimmentscheid gefällt wird, sind die Stimmberechtigten mit der Schwierigkeit konfrontiert, sich eine Meinung zu bilden. Auch zu dieser Phase im persönlichen Abstimmungsprozess haben wir Fragen gestellt.

### 2.3.1 Die Bedeutung der Vorlage

Die Befragten hatten die Möglichkeit, die persönliche Bedeutung der Vorlage auf einer Skala zwischen 0 (keine Bedeutung) und 10 (höchste Bedeutung) einzustufen. Der Millionärssteuerinitiative wurde dabei von den Teilnehmenden im Schnitt ein Wert von 5.6 zugewiesen. Weil dies die erste Erhebung im Rahmen von FOKUS Aargau ist, fehlen uns Werte zu vergangenen kantonalen Abstimmungen. Als Vergleichsgrösse können jedoch die Bedeutungswerte für eidgenössische Sachfragen, die im Rahmen der VOTO-Befragung erhoben werden, herangezogen werden. Eidgenössischen Vorlagen wurde zwischen 2016 und 2018 im Schnitt ein Bedeutungswert von 6.8 beigemessen. Mit anderen Worten: Die Millionärssteuerinitiative elektrisierte das Aargauer Elektorat nur in geringem Masse.

Tabelle 3: Persönliche Bedeutung der Vorlage (Anteile in %)

Bedeutungsniveau	Teilnehmende	Nicht-Teilnehmende	Alle Stimmberechtigten
sehr gering (0,1)	9.9	26.8	20.1
gering (2-4)	23.6	29.5	27.2
mittel (5)	17.2	15.9	16.4
hoch (6-8)	30.1	23.2	26.0
sehr hoch (9,10)	19.1	4.6	10.4
Total	100	100	100
Arithmetischer Mittelwert	5.6 (929)	3.7 (328)	4.5 (1258)

Gewichtete Resultate. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

Die Bedeutungswahrnehmung unterschied sich zwischen den einzelnen Merkmalsgruppen nur geringfügig. Stimmende im höchsten Einkommensviertel massen der Vorlage zwar eine höhere Bedeutung (6.1) bei als solche aus tiefen Einkommensschichten (5.4), aber der Unterschied ist eher gering. Immerhin stuften jene, die von der Vorlage persönliche, negative (finanzielle) Auswirkungen befürchteten, die Vorlage für deutlich bedeutsamer ein (7.3) als solche, die der Meinung waren, die Vorlage habe für sie keinerlei Auswirkungen (4.9).

### 2.3.2 Verständnisschwierigkeiten und Wissensstand

Wie gut waren die Stimmenden über die Vorlage informiert? Um diese Frage beantworten zu können, wurden fünf Wissensfragen gestellt. Dabei konnten die Befragten jeweils zwischen drei Antwortmöglichkeiten auswählen, wovon eine korrekt war. Eine weitere Antwortmöglichkeit bestand

darin, die «Weiss nicht»-Option anzukreuzen.<sup>5</sup> Wir haben daraus einen Index mit sechs Merkmalsausprägungen erstellt (0 Punkte = keine der fünf Wissensfragen wurde korrekt beantwortet; 5 Punkte = alle fünf Wissensfragen wurden korrekt beantwortet). Nur zwei Prozent der Stimmdenden beantworteten alle fünf Wissensfragen korrekt, während weitere acht Prozent auf vier von fünf Wissensfragen die richtige Antwort wussten. Ein gutes Viertel der Stimmdenden (27 %) war bei jeder der fünf Wissensfragen überfordert. Dies sollte aber nicht notwendigerweise als Ausdruck geringer Informiertheit gewertet werden, denn der Wissenstest war durchaus eine Herausforderung. Weiter fehlen uns Vergleichswerte auf kantonaler wie auch auf nationaler Ebene, um den Befund aus Tabelle 4 einordnen zu können. Festhalten lässt sich immerhin, dass ein detailliertes Vorlagenwissen nur bei einer Minderheit vorhanden war.

Tabelle 4: Informiertheit (Anteile in % der Stimmdenden)

Informiertheitsniveau	Anteile in % der Stimmdenden
0 (keine der fünf Wissensfragen korrekt)	27
1 (eine der fünf Wissensfragen korrekt)	23
2 (zwei der fünf Wissensfragen korrekt)	24
3 (drei der fünf Wissensfragen korrekt)	15
4 (vier der fünf Wissensfragen korrekt)	8
5 (fünf der fünf Wissensfragen korrekt)	2
Total	100
Arithmetischer Mittelwert	1.6

Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen. Anzahl Teilnehmende = 940.

Dass ein Detailwissen nicht zwingend nötig ist, um sich im Vorlagenstoff zurecht zu finden, zeigt die Auswertung der Frage, ob es eher schwer oder leicht gefallen sei, zu verstehen, worum es bei der Vorlage ging. Rund 82 Prozent der Stimmdenden gaben an, sie hätten keine Mühe mit dem Entscheidstoff gehabt. Vordergründig steht dies im Widerspruch mit dem obigen Befund zum Vorlagenwissen. Dabei muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich Stimmdende oftmals mit Hilfe von gewissen Entscheidhilfen wie etwa die Parole der bevorzugten Partei oder die Empfehlung der Regierung ein Bild von der Entscheidproblematik schaffen, welches in der Folge auch den Entscheid erleichtert. Wir können davon ausgehen, dass die Orientierung an Dritten als Entscheidhilfe bei komplexen Vorlagen regelmässig zum Zug kommt. Der klare Links-Rechts-Gegensatz bei der vorliegenden Sachfrage hat die Schwierigkeit des Entscheids wohl bei einer erheblichen Zahl der Stimmdenden verringert.

### 2.3.3 Die Informationsgewinnung

Der Stimmentscheid wird oft auf der Grundlage von gewissen Informationen gefällt. Woher stammen diese Informationen? Um darauf eine Antwort geben zu können, haben wir die Stimmdenden gefragt, welche Informationsquellen sie nutzten. Die Frage bezog sich dabei explizit auf die Mil-

<sup>5</sup> Die Wissensfragen hatten einen unterschiedlichen Schwierigkeitsgrad. Am ehesten wussten die Stimmdenden (43 % Anteil korrekter Angaben), dass die Annahme der Millionärssteuerinitiative – unter der heutigen Bevölkerungszusammensetzung des Kantons – zu einer Steigerung der direkten Steuereinnahmen um rund 7 % oder 160 Mio. Franken führen würde. Die meisten Mühen bereitete die Frage, für wen mit der letzten Steuerrevision von 2012 der Vermögenssteuertarif erhöht oder gesenkt wurde (20 % Anteil korrekter Angaben).

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeiten in % der Stimmenden

Verständnisschwierigkeiten	Anteile in % der Stimmenden
eher leicht	81.5
eher schwer	18.5
Total (n)	100 (894)

Gewichtete Resultate. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen (46 Antworten) wurden nicht berücksichtigt. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

lioniärsteuerinitiative. Die nachfolgende Abbildung 2 informiert darüber, wie gross der Anteil der Stimmenden war, welche die jeweilige Informationsquelle nutzten.



Abbildung 2: Mediennutzung (in % der Teilnehmenden, n=806-927)

Die mit grossem Abstand am häufigsten genutzte Informationsquelle war die kantonale Informationsbroschüre, die dem Stimmmaterial jeweils beiliegt. 86 Prozent gaben an, sie genutzt zu haben. Dieser Nutzungswert ist in etwa gleich hoch wie jener des Bundesbüchleins, das über die nationalen Vorlagen informiert. Wie *intensiv* die kantonale Broschüre effektiv genutzt wurde, ist indessen unbekannt. Im Prinzip ist jede Form der Nutzung zwischen einem bloss flüchtigen Kontakt bis hin zu einer vertieften Lektüre möglich. Aber immerhin lässt sich festhalten: Beinahe neun von zehn Aargauer Stimmenden kamen mit den behördlichen Erläuterungen zumindest kurz in Berührung. Auf Rang zwei der Nutzungsrangliste folgen – jedoch mit gehörigem Abstand zum kantonalen Abstimmungsbüchlein – Artikel in kostenpflichtigen Abonnements-Zeitungen (Nutzungswert: 52 %). 43 Prozent informierten sich zudem mithilfe von Radiosendungen über die Millionärsteuerinitiative. Fernsehsendungen sind – anders als auf nationaler Ebene – eine etwas weniger beliebte Informationsquelle als Radiosendungen (42 %). 28 Prozent der Stimmenden bezogen ihre Informationen zudem (auch) aus Gratis-Zeitungen.

Leserbriefe in Zeitungen oder -kommentare auf Newsseiten im Internet finden ebenfalls Beachtung: 31 Prozent der Stimmenden waren interessiert daran zu erfahren, wie andere über die Millionärsteuerinitiative denken. Generell gaben gar 46 Prozent der Stimmenden an, im Bekanntenkreis (zumindest einmal) über die Initiative diskutiert zu haben. Das persönliche Gespräch – sei es

eine Diskussion, in der gegensätzliche Haltungen vertreten werden oder sei es der Austausch von Informationen unter Gleichgesinnten – ist also selbst im digitalen Zeitalter eine zentrale Informationsquelle.

Kaum genutzt wurden die sozialen Medien. Lediglich sieben Prozent konsultierten gemäss eigenen Angaben soziale Medien wie etwa Twitter und Facebook. Eine «Smartphone-Demokratie» ist der Kanton Aargau demnach beileibe nicht. Auch die Nutzungswerte der kantonalen Webpage bewegen sich im einstelligen Bereich: Ebenfalls nur sieben Prozent nutzten digitale Behördeninformationen zur Informationsgewinnung. Dieser Wert liegt weit unter dem Nutzungswert des kantonalen Stimmbüchleins. Natürlich hat dies auch damit zu tun, dass letzteres dem Stimmmaterial beigelegt wird und somit – ohne einen individuellen Effort leisten zu müssen – griffbereit ist. Um auf die kantonale Webpage zu gelangen, sind indessen gewisse Anstrengungen nötig: Zunächst werden gewisse Computer- und Internetkenntnisse vorausgesetzt, sodann muss die Seite bekannt sein und zuletzt muss man von sich auf diese Internetseite gelangen. Diese Voraussetzungen wiederum dürften bei jüngeren Stimmberechtigten eher erfüllt sein als bei älteren. Jüngere Stimmberechtigte beteiligen sich aber generell schwächer als ältere, was eine weitere Erklärung für die nach wie vor geringe digitale Durchdringung der Schweizer Abstimmungsdemokratie ist.

Politische Werbung zur Millionärssteuerinitiative wurde von etwa der Hälfte der Stimmenden wahrgenommen: 52 Prozent der Befragten berichteten, ihnen seien während des Abstimmungskampfes keine Inserate oder Plakate zur Vorlage aufgefallen. Das schliesst einen unbewussten oder flüchtigen Kontakt zwar nicht prinzipiell aus, aber es lässt sich zumindest sagen, dass politische Werbebotschaften bei dieser Hälfte des Elektorats keinen bleibenden Eindruck hinterliessen. Weitere 27 Prozent haben politische Werbung wahrgenommen und zwar zu etwa gleichen Teilen aus dem befürwortenden wie ablehnenden Lager. Knapp zwölf Prozent kamen vor allem mit Werbebotschaften aus dem Pro-Lager in Berührung, während eine Minderheit von neun Prozent sich vor allem an Inserate und Plakate aus dem Nein-Lager erinnerte.

#### **2.3.4 Der Entscheidzeitpunkt**

Eine Mehrheit der Stimmenden (55 %) wusste gemäss eigenen Aussagen schon von Beginn weg, wie ihr Entscheid lauten würde. 28 Prozent fällten ihren Entscheid während des Abstimmungskampfes und weitere 14 Prozent fassten ihren Stimmentschluss erst im letzten Moment. Vergleicht man diese Werte mit den nationalen Werten aus der VOTO-Erhebung (47 % wissen im Schnitt von Anfang an, wie sie stimmen werden), so ist die Millionärssteuerinitiative als stabil prädisponierte Vorlage zu bezeichnen, in dem Sinne, dass eine relative Mehrheit der Stimmenden bereits eine klare und kaum veränderliche Haltung zu dieser Sachfrage besass. Das ist gewiss auch dem Umstand geschuldet, dass der klassische Links-Rechts-Konflikt bei der Millionärssteuerinitiative den Stimmenden wenig Entscheidprobleme bereitete. In einem solchen Konflikt finden sich Stimmente rasch zurecht, sie wissen, welche Parteien wofür stehen und haben zu solchen Fragen in der Regel auch stabil verankerte, fixe Haltungen.

Tabelle 6: Entscheidzeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidzeitpunkt	Anteil in Prozent
von Anfang an klar	55
während dem Abstimmungskampf	28
im letzten Moment	14
Weiss nicht	3
Total (n)	100 (932)

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

## 2.4 Der Stimmentscheid

### 2.4.1 Der Stimmentscheid nach sozialen Merkmalen

Soziale Merkmale spielten beim Entscheid zur Millionärssteuerinitiative bloss eine untergeordnete Rolle. So unterschied sich das Stimmverhalten von Männern und Frauen kaum. Ebenso wenig wirkte sich die Bildung auf das Votum aus. Das Alter wiederum hatte zwar einen Effekt darauf, wie man abstimmte, doch dieser Effekt war gering: Jüngere Stimmende lehnten die Vorlage nur etwas weniger deutlich ab (18-29-Jährige: 60 %) als ältere Stimmende (z.B. 60-69-Jährige: 74 %). Ausserdem fand das Begehren in keiner Altersklasse eine Mehrheit.

Zu erwarten war, dass eine stärkere steuerliche Belastung hoher Vermögen in den unterschiedlichen Einkommensklassen auf unterschiedlichen Anklang stossen würde. Das war allerdings nur in begrenztem Masse der Fall. Tiefere Einkommensklassen<sup>6</sup> brachten der Vorlage zwar etwas stärkere Sympathien entgegen als höhere Einkommensklassen. Aber selbst im tiefsten Einkommensquartil betrug die Ablehnung immer noch satte 67 Prozent. Nun sind Einkommen und Vermögen zwar nicht dasselbe, aber doch eng miteinander verknüpft. Auch die subjektive Wahrnehmung der Einkommensverhältnisse war kaum ausschlaggebend für den Entscheid: Wer der Ansicht war, ihr oder sein Einkommen reiche kaum zum Leben aus, stimmte der Initiative zwar eher zu (38 Prozent) als solche, die ihre Einkommensverhältnisse als sehr komfortabel bezeichneten (21 Prozent). Indes, auch hier sind die Unterschiede nicht derart drastisch (Differenz: 17 Prozentpunkte bei starkem statistischen Schwankungsbereich für die kleinste Gruppe), als dass man von einem Abstimmungsgraben zwischen Arm und Reich sprechen könnte.

Grösser waren die Unterschiede hingegen zwischen jenen, die mit der Initiative negative (finanzielle) Auswirkungen für sich selbst verbanden und solchen, die vom Begehren persönlich zu profitieren glaubten. Stimmende, die einen persönlichen (finanziellen) Schaden von der Initiative erwarteten, legten zu 92 Prozent ein Nein in die Urnen, während solche, die positive Erwartungen mit der Vorlage verknüpften, zu zwei Drittel ein Ja einwarfen. Erstaunlich ist hierbei vor allem der Umstand, dass selbst ein Drittel jener, die sich persönlich Positives von der Initiative versprach, das Begehren verwarf. Hinzu kommt, dass nur etwa fünf Prozent der Stimmenden glaubten, die

<sup>6</sup> Die Einkommensklassen wurden wie folgt erhoben: Gefragt wurde zunächst nach dem Haushaltseinkommen, wobei den Befragten Kategorien (z.B. 3'001-5'000 CHF) vorgegeben wurden. Sodann wurden die entsprechenden Messklassenmittelwerte (z.B. 4'000 CHF) errechnet und durch die gerundete Quadratwurzel der Haushaltsgrosse dividiert (OECD-Definition). Aus den erhaltenen Werten wurden in einem letzten Schritt Quartile gebildet, womit wir vier (in etwa) gleich grosse Äquivalenzeinkommensklassen erhalten.

Tabelle 7: Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

<b>Merkmale</b>	<b>Anteil Ja in %</b>	<b>n</b>	<b>Cramér's V Standardfehler</b>
<b>Total</b>	25	886	
<b>Alter</b>			V = .14**
18-29 Jahre	40	77	±10.9
30-39 Jahre	29	83	±9.8
40-49 Jahre	20	108	±7.5
50-59 Jahre	30	203	±6.3
60-69 Jahre	26	182	±6.4
70 Jahre und älter	19	231	±5.1
<b>Äquivalenzeinkommen</b>			V = .11*
1. Quartil (bis 3'750 CHF)	33	199	±6.5
2. Quartil (3'751-5'300 CHF)	29	253	±5.6
3. Quartil (5'301-7'240 CHF)	23	136	±7.1
4. Quartil (>7'240 CHF)	19	172	±5.9
<b>(Erwartete) Persönliche Auswirkungen</b>			V = .31***
Keine	31	527	±3.9
Zum Besseren	67	43	±14.1
Zum Schlechteren	8	243	±3.4
Weiss nicht	21	55	±10.8
<b>Erwerbsstatus</b>			V = .16***
Selbständig	17	58	±9.7
Angestellt	31	374	±4.7
Andere Erwerbspersonen	19	19	±17.6
In Ausbildung	46	39	±15.6
Im Ruhestand	21	323	±4.4
Hausfrau/Hausmann	12	26	±12.5
Andere Nicht-Erwerbspersonen	23	15	±21.3
<b>Sektor</b>			V = .19***
Privat	23	340	±4.5
Öffentliche Hand	38	140	±8.0
Anderes	48	51	±13.7
<b>Subjektive Einschätzung Einkommensverhältnisse</b>			V = n.s.
Einkommen reicht überhaupt nicht aus	38	13	±26.4
Einkommen reicht eher nicht aus	31	97	±9.2
Einkommen reicht ziemlich gut aus	28	419	±4.3
Einkommen reicht sehr gut aus	21	343	±4.3



Initiative würde etwas zum Besseren ändern.<sup>7</sup> Die breite Mehrheit der Stimmenden (61 Prozent) verband mit der Initiative stattdessen weder positive noch negative Konsequenzen und lehnte sie wohl auch deshalb zu grossen Teilen (69 Prozent) ab.

Der Berufssektor war von einer gewissen Bedeutung für den Entscheid. Stimmende, die in der Privatwirtschaft tätig sind, verwarfen das Begehren mit einer Drei-Viertel-Mehrheit (77 %), während das Stimmenverhältnis unter den Beschäftigten der öffentlichen Hand etwas – wenn auch nicht sonderlich viel – knapper ausfiel (62 % Nein zu 38 % Ja).

#### 2.4.2 Der Stimmentscheid nach politischen Merkmalen

Politische Haltungen spielten erwartungsgemäss eine zentrale Rolle für den Entscheid. Die Parteianhängerschaften der bürgerlichen Parteien lehnten das Begehren hochkant ab: Etwa neun von zehn CVP-, FDP- und SVP-Sympathisantinnen und -Sympathisanten legten ein Nein in die Urne (SVP: 87 %, FDP: 93 % und CVP: 84 %). Hingegen stimmten 61 Prozent der SP- und 62 Prozent der Grünen-Anhängerschaft der Initiative zu. Allerdings hätte es innerhalb des linken Lagers<sup>8</sup> eines geschlosseneren Stimmverhaltens bedurft, um dem Begehren eine gewisse Chance an der Urne zu geben. Betrachtet man das Stimmverhalten innerhalb des linken Lagers etwas genauer, so wird deutlich, dass die Vorlage insbesondere bei den jungen Linken (18-29 Jahre) auf Anklang stiess (80 % Zustimmung). Überraschend ist das keineswegs, da die Initiative von der JUSO lanciert wurde. Die linke Jugend – so sie denn teilnahm – stand demnach grossmehrheitlich hinter dieser Initiative. Ältere Jahrgänge mit linker Parteifarbe liessen sich von der Initiative etwas weniger begeistern. Sie stimmten dem Begehren zwar mehrheitlich zu, aber oftmals auch dagegen.

Ein beinahe identisches Bild ergibt sich, wenn der Stimmentscheid nach Links-Rechts-Orientierung aufgeschlüsselt wird. Linksaussen fand die Initiative eine klare Mehrheit von rund 74 Prozent. Im gemässigt-linken Lager (Ausprägungen 4 und 5 auf einer Links-Rechts-Skala, die von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) reicht) vermochte das Begehren nur noch einen Anteil von 46 Prozent zu erzielen. Bei jenen, die sich exakt in der politischen Mitte verorten oder rechts davon, war die Initiative indessen chancenlos: Zwischen 80 und 90 Prozent von ihnen lehnten die Vorlage ab. Kurz, das Stimmverhalten zur Millionärssteuerinitiative wurde vom klassischen Links-Rechts-Gegensatz geprägt – wobei das Begehren aber selbst bei der Linken keine ungeteilte Zustimmung erfuhr.

Politische Grundhaltungen waren ebenfalls von Bedeutung für den Entscheid. Wer sich stärkere staatliche Eingriffe und Kontrollen in der Wirtschaft wünscht, stimmte der Vorlage mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit zu (51 %) als solche, die für mehr unternehmerische Freiheiten plädieren (11 %). Auch die Haltung zum Verhältnis zwischen Solidarprinzip und Eigenverantwortung färbte sich auf den Entscheid ab: Wer sich mehr Eigenverantwortung wünscht, lehnte die Initiativforderungen vehement ab (88 %), wer hingegen den Staat stärker in die Verantwortung nehmen will,

<sup>7</sup> Die Frage nach den persönlichen Auswirkungen der Initiative wurde bewusst generell formuliert. Es ist demnach beispielsweise möglich, dass man zwar glaubte, von der Steuererhöhung für Vermögende kurzfristig zu profitieren, aber gleichzeitig der Ansicht war, dass der Wegzug vermögender Steuerzahler diese Vorteile wieder zunichte machen würde.

<sup>8</sup> Unter dem linken Lager haben wir jene Respondenten subsumiert, die SP, Grüne und/oder eine andere Linkspartei bevorzugen.

sympathisierte stärker mit der Vorlage (60 % Zustimmung). In beiden Fällen ist das Muster dasselbe: Eine «rechte» wirtschaftsideologische Haltung bedeutete beinahe immer auch eine Ablehnung der Initiative. Hingegen war eine «linke» Wirtschaftsdeologie noch lange kein Garant für eine Zustimmung. Dies führte im Endeffekt zur deutlichen Niederlage der Initiative an der Urne.

Tabelle 8: Stimmverhalten nach ausgewählten politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmentenden, gewichtet)

<b>Merkmale</b>	<b>Anteil Ja in %</b>	<b>n</b>	<b>Cramér's V Standardfehler</b>
<b>Total</b>	25	886	
<b>Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)</b>			V = .45***
Links aussen (0-2)	74	72	±10.1
Links (3,4)	46	224	±6.5
Mitte (5)	19	186	±5.6
Rechts (6,7)	10	258	±3.7
Rechts aussen (8-10)	12	109	±6.1
<b>Parteiidentifikation</b>			V = .45***
Grüne	62	67	±11.6
SP	61	144	±8.0
glp	25	70	±10.1
CVP	16	87	±7.7
SVP	13	172	±5.0
FDP	7	153	±4.0
Andere, mehrere	26	88	±9.2
Keine	19	105	±7.5
<b>Regierungsvertrauen (0-10)</b>			V = .19***
Sehr gering/gering (0-4)	42	112	±9.1
Mittel (5)	32	129	±8.0
Hoch (6-8)	22	513	±3.6
Sehr hoch (9,10)	13	100	±6.6
<b>Staatliche Kontrolle vs. unternehmerische Freiheit (1-5)</b>			V = .37***
Stärkere staatliche Kontrolle (1,2)	51	205	±6.8
Mitte (3)	30	268	±5.5
Mehr unternehmerische Freiheit (4,5)	11	381	±3.1
<b>Mehr Staat vs. mehr Eigenverantwortung (1-5)</b>			V = .43***
Mehr Staat (1,2)	60	202	±6.8
Mitte (3)	24	245	±5.3
Mehr Eigenverantwortung (4,5)	12	413	±3.1

Von eher untergeordneter Bedeutung war das Vertrauen in die kantonale Regierung. Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass dieses – ähnlich wie das Vertrauen in die nationale Regierung – generell hoch ist. Nur eine kleine Minderheit misstraut der kantonalen Exekutive grundsätzlich. Diese aber war für die Anliegen der Initiative empfänglicher (41 % Zustimmung) als solche mit hohem Regierungsvertrauen (13 %).

Kognitive Merkmale schliesslich wiesen nur einen geringen Zusammenhang mit dem Entscheid auf. Die objektiv gemessene Informiertheit (gemessen mit Wissensfragen) färbte sich nur geringfügig auf den Entscheid aus. Die wenigen Befragten, die alle fünf Wissensfragen richtig beantworteten, lehnten die Vorlage überdurchschnittlich stark ab (89 %). Die Differenz zu jenen, die keine oder bloss eine der fünf Wissensfragen korrekt zu beantworten vermochten, ist indessen gering (10 Prozentpunkte). Die subjektive Verständnisschwierigkeit war ebenso wenig ausschlaggebend: Wer gemäss eigenen Aussagen Mühe hatte, die Vorlage zu verstehen, lehnte die Vorlage mit 70 Prozent ab, während dieser Anteil bei jenen, die keine Mühe hatten, nur unwesentlich höher lag (76 %). Kurz, der Entscheid war nicht von der Informiertheit abhängig. Es gibt zudem keinen Hinweis auf einen markanten Meinungswandel. Wer von Anfang an wusste, wie er oder sie sich entscheiden

würde, lehnte die Vorlage ähnlich deutlich ab (77 %) wie solche, die sich erst im letzten Moment festlegten (69 %).

Hat die politische Werbung eine Rolle beim Entscheid gespielt? Zunächst ist festzuhalten, dass bloss die Hälfte (52 %) solche Werbung überhaupt (bewusst) wahrnahm. Unabhängig davon, ob Stimmende mit politischer Propaganda in Kontakt kamen oder nicht und unabhängig davon, aus welchem Lager diese Werbung stammte, das Entscheidverhalten blieb weitestgehend unberührt: Die Vorlage wurde grossmehrheitlich abgelehnt – mit einer Ausnahme: Wer hauptsächlich Kontra-Werbung wahrnahm, tendierte stärker als die anderen Vergleichsgruppen dazu, ein Ja (!) einzulegen. Dieser Befund stellt die kausale Richtung von politischer Werbung und Entscheidverhalten in Frage: Es ist in diesem Fall viel eher vom sogenannten «hostile media phenomenon» auszugehen. Den Initiativbefürwortenden fiel primär die Kontra-Werbung auf, weil sie sie wahrscheinlich als besonders störend empfanden.

### 2.4.3 Die Motive hinter dem Entscheid

Die Befragten konnten angeben, welcher Beweggrund primär hinter ihrem Entscheid stand. Die Frage nach dem Motiv wurde dabei halb-offen gestellt. Das heisst, den Befragten wurde eine Auswahl an Motiven offeriert, zusätzlich jedoch auch die Möglichkeit offengelassen, den primären Stimmgrund selbst zu umschreiben. Gefragt wurde ausserdem nur nach der Hauptmotivation für das Ja bzw. das Nein zur Vorlage.

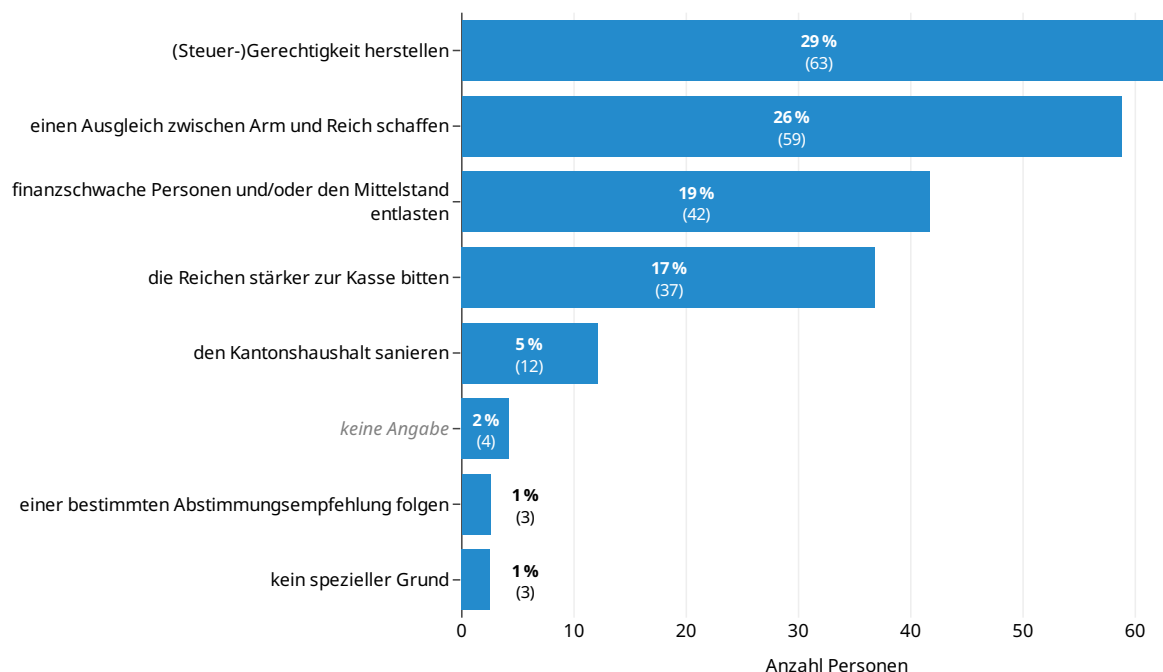


Abbildung 3: Hauptmotiv für die Annahme der Millionärssteuerinitiative

Die Ja-Stimmenden bezweckten mit ihrer Stimmabgabe in erster Linie, (mehr) Steuergerechtigkeit (29 %) und einen Ausgleich zwischen Reich und Arm zu schaffen (26 %). Letzteres war besonders bei SP- und Grünen-Befürwortenden beliebt (32 bzw. 28 %), erstaunlicherweise aber nicht bei Stimmenden mit geringem Einkommen (11 %). Etwa ein Fünftel (19 %) erhoffte sich von der Annah-

me der Vorlage eine Entlastung des Mittelstandes bzw. finanzschwacher Personen im Generellen. Normative Vorstellungen (Solidarität und Gerechtigkeit) waren demnach die Antriebsfedern des Entscheids bei diesem Teil der Ja-Stimmenden. 17 Prozent der Ja-Stimmenden wollten gemäss eigenen Aussagen die Reichen stärker zur Kasse bitten. Hingegen verbanden nur fünf Prozent eine Sanierung des Kantonshaushaltes mit ihrem Entscheid. Dies ist etwas überraschend, weil die Pro-Kampagne jenes Argument oftmals vorbrachte. Für die meisten Ja-Stimmenden war es indessen nicht von primärer Bedeutung.

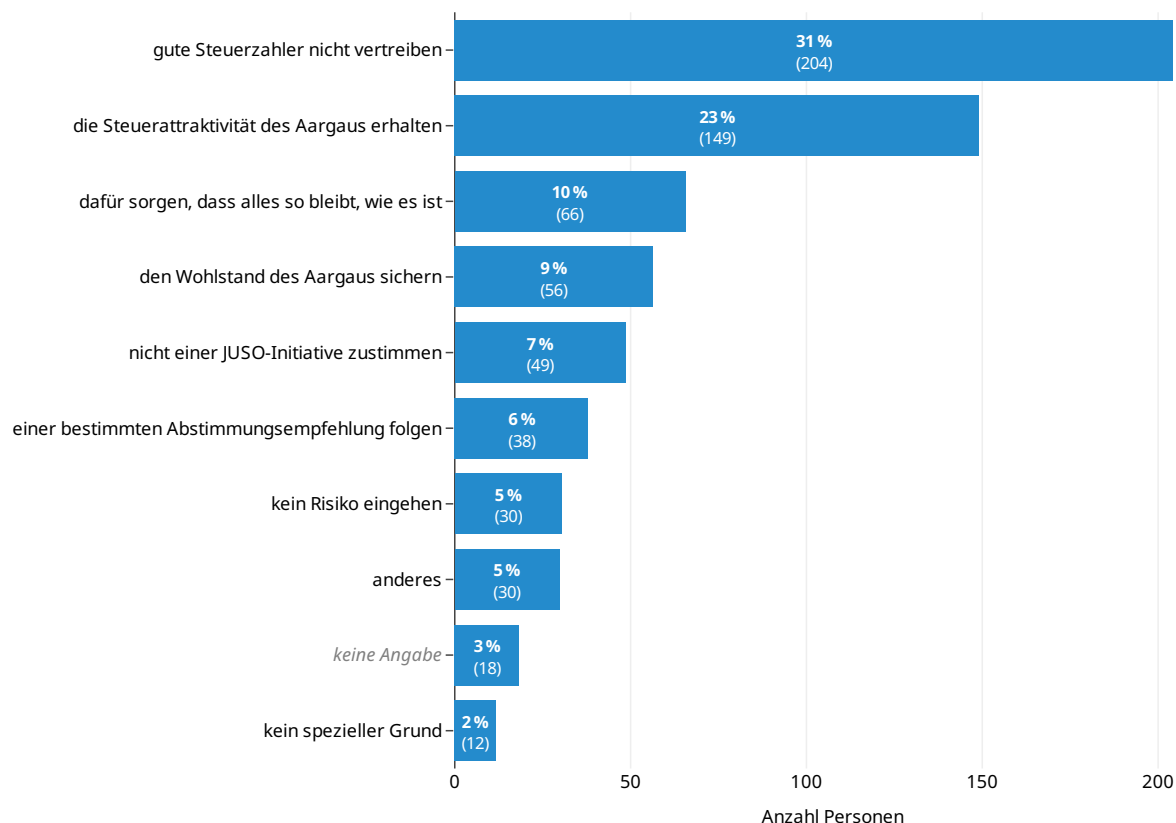


Abbildung 4: Hauptmotiv für die Ablehnung der Millionärssteuerinitiative

Ein Drittel der Nein-Stimmenden (33 %) lehnte die Vorlage ab, weil es sich um das Steuersubstrat sorgte. Die Initiative, so argumentierten sie, vertreibe gute Steuerzahler. In eine ähnliche Richtung weist das Motiv, welches weitere 22 Prozent der Ablehnenden vorbrachten: Sie begründeten ihren Entscheid damit, dass die Initiative der Steuerattraktivität des Kantons schade. Zehn Prozent sahen keinen Anlass, den steuerlichen Status Quo zu ändern. Weitere sieben Prozent sahen den Wohlstand des Kantons im Generellen durch das Begehren gefährdet. Insgesamt 14 Prozent bekannten, sich primär auf Entscheidungshilfen abgestützt zu haben. Sechs Prozent folgten dabei der Empfehlung der Regierung, einer Partei oder eines anderen Akteurs, während weitere acht Prozent eine Art «negativer» Entscheidungshilfe verwendeten: Sie lehnten das Begehren ab, weil es von der JUSO stammte. Zuletzt sahen fünf Prozent der Nein-Stimmenden in der Initiative ein unkalkulierbares Risiko, das sie nicht bereit waren einzugehen.

## 2.4.4 Die Rolle der Argumente

Um die Rolle vorlagenbezogener Argumente bei der Meinungsbildung einschätzen zu können, wurden den Befragten je drei Pro- und Kontra-Argumente, die im Abstimmungskampf oft vorgebracht wurden, vorgelegt. Die Respondenten konnten den vorgelegten Aussagen in der Folge sehr bzw. eher beipflichten oder sie entschieden bzw. eher ablehnen. Wer keine Haltung dazu hatte, konnte zudem auch mit «weiss nicht» antworten. Gleichzeitig konnten die Befragten angeben, wie wichtig das betreffende Argument für ihren Entscheid war. Denn es kann ja durchaus sein, dass man ein Argument zwar grundsätzlich für zutreffend erachtet, ihm aber keinerlei Gewicht beimisst.

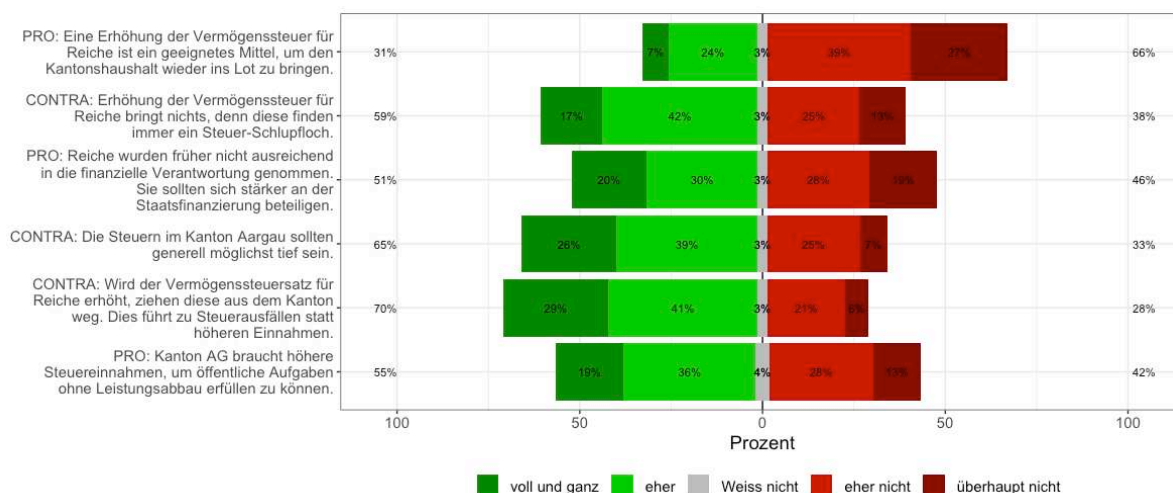


Abbildung 5: Anklang von Pro- und Kontra-Argumenten zur Millionärssteuerinitiative

Die in der Befragung getesteten Pro-Argumente schnitten insgesamt besser ab, als dies aufgrund des klaren Abstimmungsergebnisses hätte erwartet werden können. So zeigte sich eine Mehrheit (55 Prozent) prinzipiell damit einverstanden, dass der Kanton Aargau höhere Steuereinnahmen brauche, um all seine öffentlichen Aufgaben ohne Leistungsabbau erfüllen zu können. Selbst 46 Prozent der Nein-Stimmenden pflichteten dieser Aussage bei. Der Umstand, dass wiederum fast die Hälfte derer, die höhere Steuereinnahmen für unumgänglich halten, wenn das aktuelle Leistungsniveau gehalten werden soll, gleichzeitig die Steuern so tief wie möglich halten will, deutet jedoch darauf hin, dass zumindest einige von ihnen im Zweifelsfall Leistungskürzungen einer Steuererhöhung gegenüber bevorzugen würden.

Auch das Argument, wonach die Reichen in der Vergangenheit nicht ausreichend in die finanzielle Verantwortung genommen worden seien und sich stärker als heute an der Finanzierung des Staates beteiligen sollten, stiess auf knapp mehrheitliches Gehör (51 %). Selbst 36 Prozent der Nein-Stimmenden teilten die obige Haltung.

Hingegen war nur eine Minderheit der Stimmenden (31 %) davon überzeugt, dass eine Erhöhung der Vermögenssteuer für Reiche ein geeignetes Mittel sei, um den Kantonshaushalt wieder ins Lot zu bringen. Offen bleibt, ob die Ablehnenden Steuererhöhungen generell für ein falsches Mittel zur Sanierung von Kantonsfinanzen erachten (und beispielsweise einen Leistungsabbau bevorzugen)

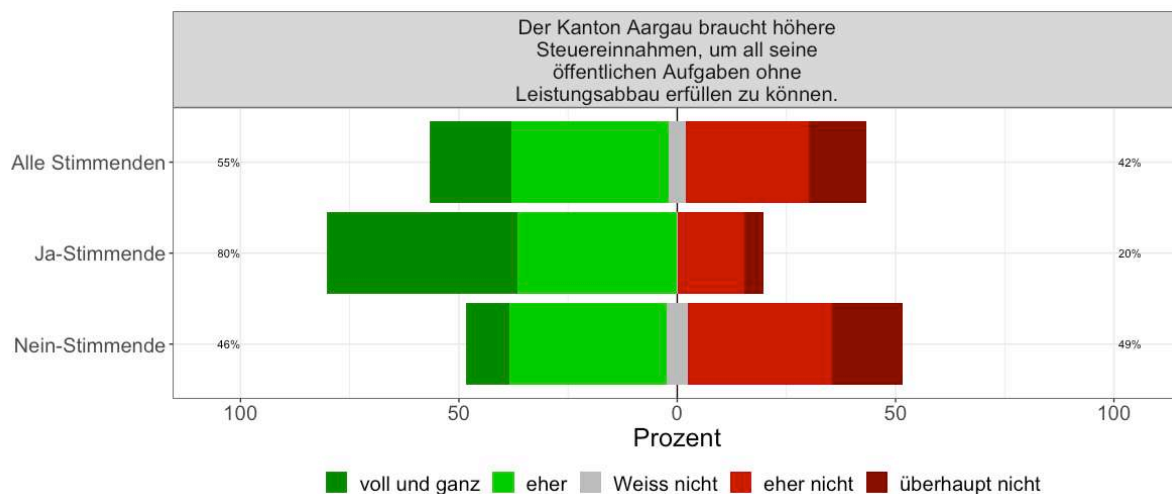


Abbildung 6: Grad des Einverständnisses mit dem Pro-Argument «Höhere Steuereinnahmen gegen Leistungsabbau»

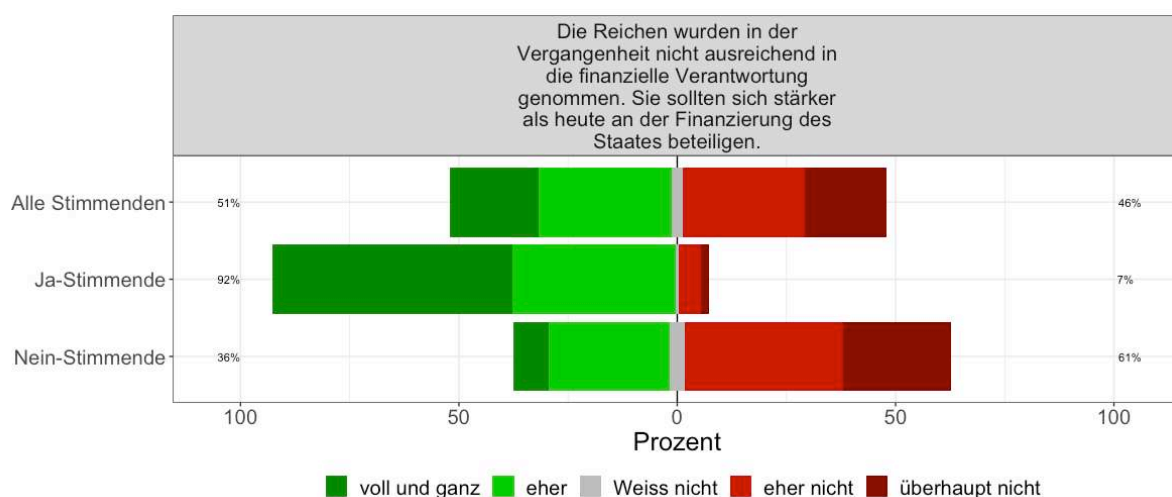


Abbildung 7: Grad des Einverständnisses mit dem Pro-Argument «Reiche sollten sich stärker an Finanzierung des Staates beteiligen»

oder der Meinung waren, dass das in der Initiative vorgeschlagene Mittel dafür nicht ausreiche. Auf jeden Fall war nur eine Minderheit davon überzeugt, dass eine Steuererhöhung für Reiche – ungeachtet dessen, ob man diese für gerecht oder ungerecht hielt – auch ihren Zweck erfülle. Kurz, wie so oft bei Initiativen teilte eine erhebliche Zahl der Stimmenden zwar die Problemwahrnehmung der Initianten, war aber von der konkreten Lösungsvariante nicht überzeugt.

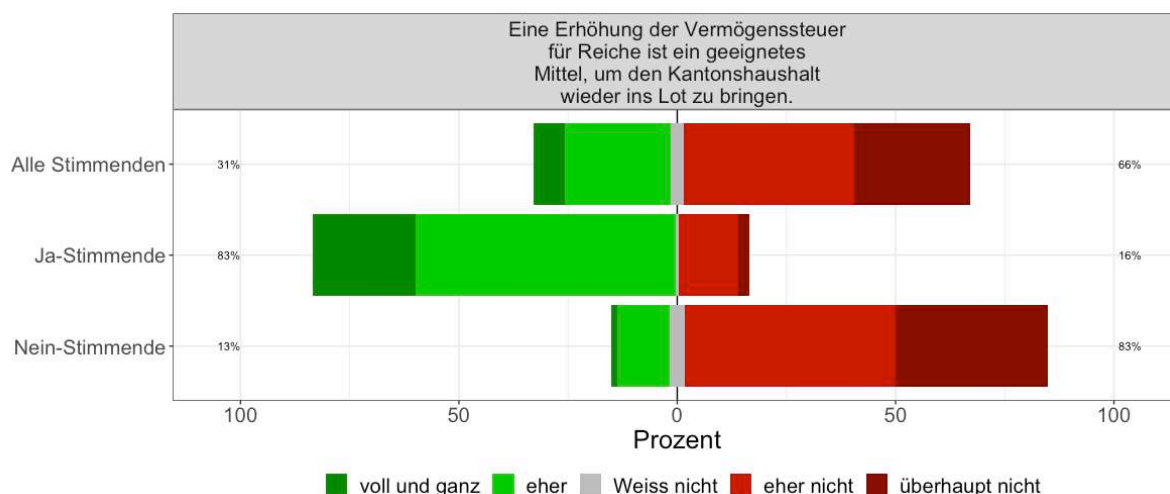


Abbildung 8: Grad des Einverständnisses mit dem Pro-Argument «Vermögenssteuer bringt Kantonshaushalt wieder ins Lot»

Die Pro-Argumente hatten, wie gesehen, durchaus eine gewisse Überzeugungskraft. Indes, die getesteten Nein-Argumente stiessen, erstens, auf noch stärkeren Anklang und ihnen wurde, zweitens, auch stärkeres Gewicht beigemessen. Das trifft vor allem auf das Argument der Steuerattraktivität zu: 70 Prozent aller Stimmenden teilten die Auffassung, wonach Reiche aus dem Kanton wegziehen würden, würde der Vermögenssteuersatz für Reiche erhöht, was zu Steuerausfällen statt höheren Einnahmen führen würde. Dieses Argument erhielt nicht bloss die stärkste Zustimmung aller Argumente, es wurde von den Befragten auch am häufigsten als stimmentscheidend bezeichnet.

Breite Zustimmung erfuhr zudem die generelle Forderung, wonach die Steuern im Kanton möglichst tief zu halten seien. 65 Prozent unterstützten diese Forderung, während etwa ein Drittel darin zumindest keine Priorität erkannte.

Das dritte, im Rahmen dieser Befragung getestete Pro-Argument hat mit der Zielführung der Initiative zu tun. So wurde bisweilen argumentiert, dass die Initiative zwar grundsätzlich berechnete Forderungen stelle, aber am Ende nichts bringe, denn Wohlhabende fänden immer ein Schlupfloch, um sich ihrer Steuerpflicht zu entziehen. 59 Prozent der Stimmenden zeigten sich mit dieser Aussage einverstanden. Aufschlussreich ist zudem, dass die Unterschiede zwischen Ja- und Nein-Stimmenden nicht allzu gross sind (18 Prozentpunkte). Für die Nein-Stimmenden spielte dieses «pessimistische Bild» der Reichen möglicherweise ohnehin keine Rolle, da sie die Initiative aus anderen Gründen ablehnten. Das Stimmverhalten jener aber, die dieser Aussage beipflichteten, und gleichwohl ein Ja zur Initiative einlegten, ist indessen kontraintuitiv – zumindest auf den ersten Blick. Kontraintuitiv deshalb, weil sie eine Initiative unterstützten, von der sie überzeugt waren, sie

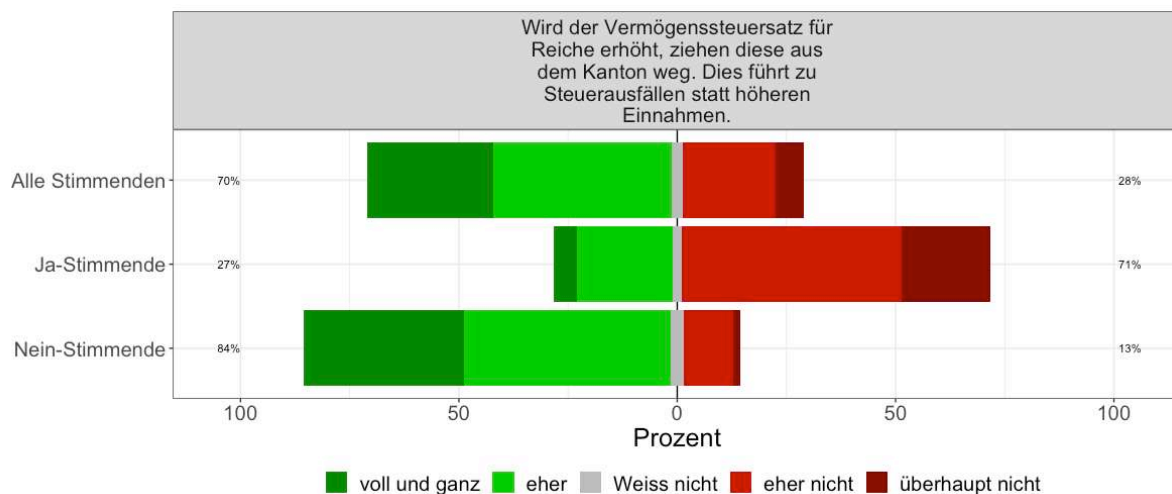


Abbildung 9: Grad des Einverständnisses mit dem Kontra-Argument «Reiche ziehen weg, was zu Steuerausfällen führt»

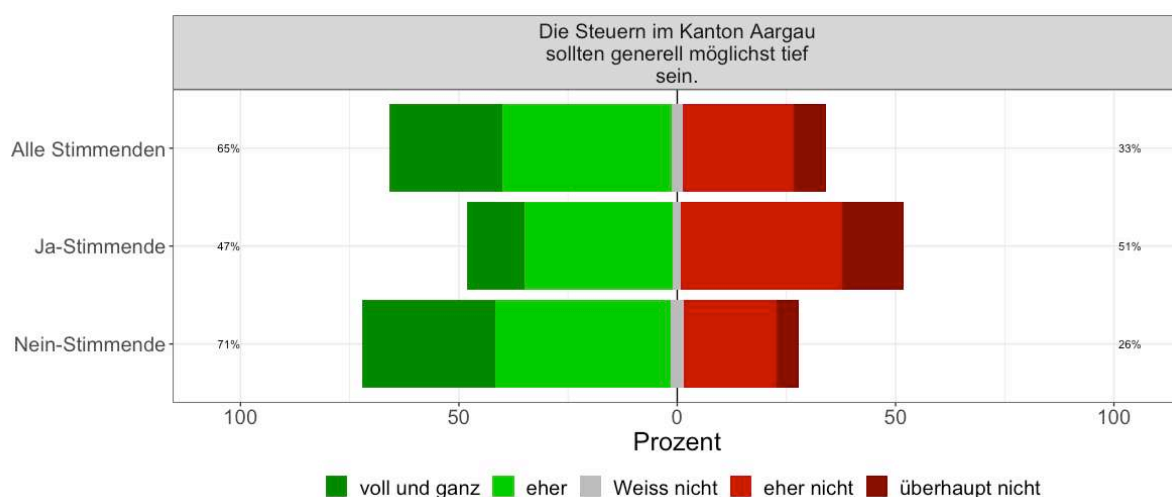
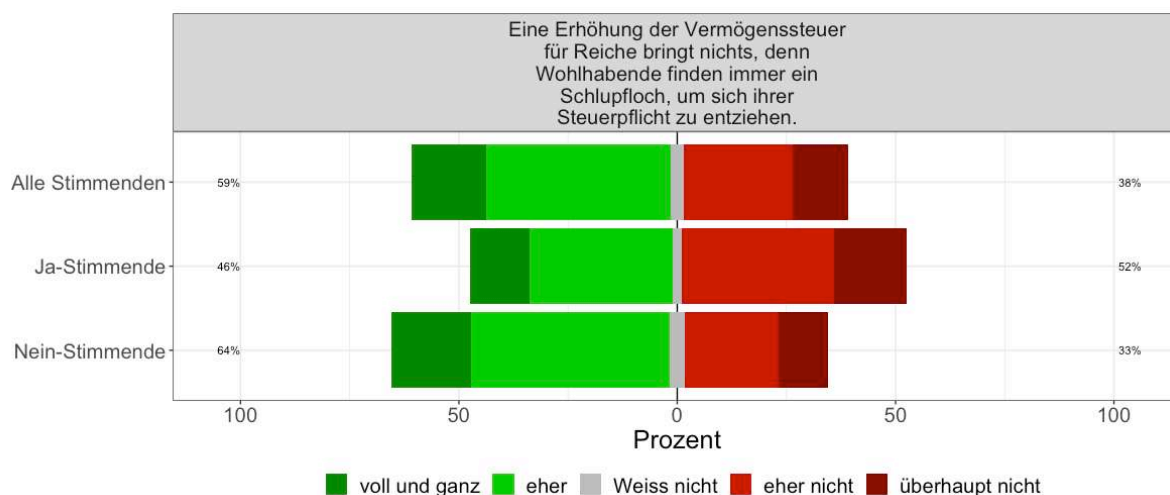


Abbildung 10: Grad des Einverständnisses mit dem Kontra-Argument «Steuern im Aargau sollten generell tief sein»



bringe (finanziell) nichts. Indes, möglicherweise waren sie der Ansicht, das Prinzip der Steuergerechtigkeit stehe über steuerpolitischen Nutzenerwägungen oder sie stimmten symbolisch ab, in der Erwartung, dass die Vorlage ohnehin abgelehnt würde.



Abbildungung 11: Grad des Einverständnisses mit dem Kontra-Argument «Wohlhabende finden immer ein Schlupfloch»

Das «Schlupfloch»-Argument spielte zudem augenscheinlich eine Rolle bei jenen Linkswählerinnen und -wählern, welche die Initiative ablehnten. Bei den SP- und Grünen-Anhängerinnen und Anhängern, welche die Initiative verwarfen, betrug die Zustimmungsrate zum Argument 65 bzw. 74 Prozent, während sie bei den Befürwortenden aus beiden Parteien bloss 37 bzw. 34 Prozent betrug. Diese Differenz ist in den anderen Parteienanhängerschaften erheblich geringer. Kurz, eine nicht unerhebliche Zahl von linken Parteienanhängerinnen und -anhängern fand die Initiative sympathisch, zweifelte aber an der Umsetzung.

Um die relative Einflussstärke der einzelnen Argumente zu ermitteln, haben wir zudem ein logistisches Regressionsmodell geschätzt. Die relative Einflussstärke eines Arguments ist der Effekt eines Arguments bei Konstanthaltung der Effekte aller anderen Argumente. In gewisser Weise gibt diese relative Einflussstärke an, welche Argumente letztlich ausschlaggebend waren. Die nachfolgende Abbildung 10 zeigt diese Effektstärken. Koeffizienten von grösser als 0 stehen dabei für einen positiven Einfluss, solche geringer als 0 für einen negativen Effekt. Generell gilt auch: Effektstärken nahe 0 deuten auf einen schwachen bzw. gar auf einen nicht-existenten Effekt. Zunächst ist erkennbar, dass Pro-Argumente – erwartungsgemäss – einen positiven Effekt hatten (je stärker dem Argument zugestimmt wurde, desto höher war die Wahrscheinlichkeit, der Initiative zuzustimmen), während die meisten Kontra-Argumente eine negative Auswirkung auf den Stimmentscheid hatten. Unter den Kontra-Argumenten dominiert indessen eines ganz deutlich: Die Sorge um die Attraktivität des Steuerstandortes Aargau. Wenn die Initiative durchgekommen wäre, so waren viele Stimmende überzeugt, wären Vermögende aus dem Kanton weggezogen, mit den entsprechenden Konsequenzen für das Aargauer Steuersubstrat. Auf Pro-Seite waren es zwei Argumente, die Befürwortende und Gegner klar trennte: Zum einen das Argument, dass die Erhöhung der Vermögenssteuer für Reiche ein geeignetes Mittel sei, um die Kantonsfinanzen zu sanieren. Wie zuvor

gesehen, war eine Mehrheit der Stimmenden davon nicht überzeugt. Zum anderen das Argument, wonach Vermögende sich stärker an der Finanzierung des Staates beteiligen sollten. Wer diesem Argument beipflichtete, legte in der Folge auch mit grosser Wahrscheinlichkeit ein Ja in die Urnen.

Nur eine untergeordnete Rolle für den Entscheid spielten hingegen die Forderungen nach generell tiefen Steuern oder nach mehr Einnahmen, um die bisherigen staatlichen Leistungen erfüllen zu können. Viele Stimmenden sind sich diesbezüglich einig, aber sie sahen keine unmittelbare Verknüpfung zwischen diesen beiden Argumenten und dem Entscheid zur vorgelegten Initiative. Ähnliches gilt für das Argument, wonach Vermögende stets einen Weg finden, um sich der Steuerverantwortung zu entziehen. Wie bereits gezeigt, schenkten viele Stimmende diesem Argument Glauben. Aber letztlich war es für ihren Entscheid in der Regel nicht ausschlaggebend. Bei vielen Nein-Stimmenden dürfte diese Skepsis gegenüber der Steuermoral der Vermögenden durch die Sorge eines Wegzugs der Vermögenden überlagert worden sein.

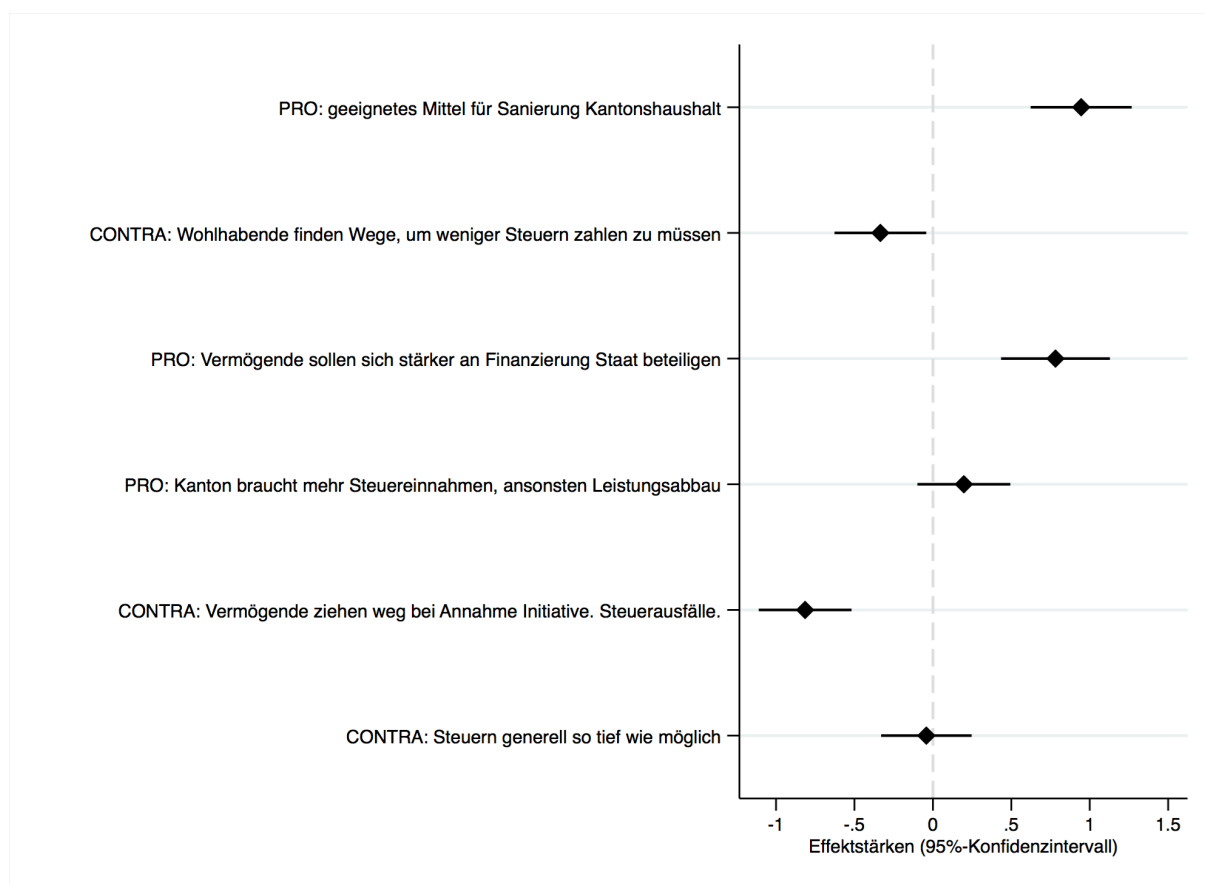


Abbildung 12: Relative Einflussstärken der Argumente auf den Stimmentscheid (Logitkoeffizienten)

## 3 Methodischer Steckbrief

### 3.1 Die Datenerhebung

Als Auswahlrahmen der vorliegenden Erhebung diente das kantonale Einwohnerregister (ERS) des Kantons Aargau. Statistik Aargau zog aus dieser vollständigen Liste der Grundgesamtheit aller kantonalen Wahlberechtigten eine Zufallsstichprobe von 8'000 Zielpersonen. Durch dieses Vorgehen wird in einem ersten Schritt (Auswahlrahmen) eine lückenlose Abdeckung der Zielpopulation (Aargauer Stimmberechtigte) gewährleistet. Die Zielpersonen erhielten ein Einladungsschreiben per Post, welches einen Zugangscode für den Online-Fragebogen enthielt. Daneben lag dem Schreiben auch ein gedruckter Fragebogen bei. Die Zielpersonen hatten somit die Wahl zwischen dem Ausfüllen eines digitalen Fragebogens übers Internet und eines klassischen Fragebogens mit Stift und Papier.

### 3.2 Die Stichprobe

Die Nettostichprobe umfasst insgesamt 1336 Befragte, wovon die eine Hälfte den Print-Fragebogen (n = 668) und die andere Hälfte den Online-Fragebogen (n = 668) ausfüllte. Die nachfolgende Tabelle informiert über die Ausschöpfungsquote. Die mittlere Befragungsdauer der Online-Erhebung betrug 14 Minuten. Die am Urnengang Teilnehmenden sind bei politischen Nachbefragungen üblicherweise übervertreten. Auch in der vorliegenden Studie betrug die Differenz zwischen der tatsächlichen und der in der Umfrage erhobenen Partizipationsquote 33.7 Prozentpunkte. Die Differenz bezüglich Stimmentscheid ist indessen deutlich geringer. 28.6 Prozent gaben in der Umfrage an, der Millionärssteuerinitiative zugestimmt zu haben, während es am Urnengang vom 23. September 2018 in Tat und Wahrheit 25.4 Prozent waren (Differenz: 3.2 Prozentpunkte)<sup>9</sup>. Die Differenzen bei den nationalen Volksinitiativen fallen ebenfalls gering aus und belaufen sich auf 3.4 (Ernährungssouveränität), 4.3 (Fair-Food-Initiative) bzw. 7.3 Prozentpunkte (Gegenvorschlag zur Velo-Initiative).

Auch die Stichprobenverteilungen der Merkmale Alter, Geschlecht und Bezirkszugehörigkeit entsprechen weitestgehend den entsprechenden Verteilungen in der Gesamtpopulation.

### 3.3 Die Gewichtung

Jede Bevölkerungsumfrage weist Verzerrungen auf. Diese Verzerrungen können aus dem Verfahren (zufälliger Stichprobenfehler, *sampling error*), dem Stichprobenrahmen (*coverage error*) und aus der Stichprobenrealisierung (Interviewverweigerung, *non-response error*) resultieren. Eine Verzerrung, die dadurch bedingt ist, dass der Auswahlrahmen nicht alle Elemente der Grundgesamtheit enthält, kann bei der vorliegenden Erhebung prinzipbedingt nicht auftreten. Denn das kantonale

<sup>9</sup> Die Differenz wurde auf der Basis des «materiellen» Entscheids errechnet. «Materiell» meint in diesem Zusammenhang, dass entweder ein «Ja» oder ein «Nein» eingelegt wurde. Tatsächlich kann man natürlich auch leer einlegen. Die leer Einlegenden wurden bei der Ermittlung der Differenz zwischen dem tatsächlichen und dem in der Umfrage erhobenen Entscheid *nicht* berücksichtigt.

Tabelle 9: Ausschöpfung der Stichprobe

	Anzahl	Anteil in %
<b>Stichprobengrösse / versendete Fragebögen</b>	8'000	100.0
<b>Qualitätsneutrale Ausfälle</b>		
weggezogen (allfällige Nachsendefrist abgelaufen)	6	0.1
unter angegebener Adresse nicht ermittelbar	56	0.7
verstorben	5	0.1
bekommt keine Abstimmungsunterlagen	8	0.1
<b>Total</b>	<b>75</b>	<b>0.9</b>
<b>Mögliche Interviewteilnehmende</b>	7'925	100.0
<b>Systematische Ausfälle</b>		
durchgehend unplausibles Antwortverhalten	4	0.1
abgebrochen <sup>1</sup>	40	0.5
möchte nicht teilnehmen / verweigert	136	1.7
kann nicht teilnehmen / verhindert	18	0.2
stillschweigende Nichtteilnahme	6'390	80.6
<b>Total</b>	<b>6'588</b>	<b>83.1</b>
<b>Realisierte Interviews</b>		
online	669	8.4
schriftlich	668	8.4
<b>Total</b>	<b>1'337</b>	<b>16.9</b>

<sup>1</sup> Auch die Antworten der abgebrochenen Interviews wurden in den Analysen wo immer möglich berücksichtigt. Folglich kann die Anzahl Beobachtungen maximal um die Anzahl abgebrochener Interviews über dem Total der realisierten Interviews zu liegen kommen.

Einwohnerregister ist eine vollständige Liste der Zielpopulation.<sup>10</sup> Nicht alle gemäss Auswahlplan vorgesehenen Befragten sind indessen erreichbar bzw. nehmen auch tatsächlich teil. Die Ausschöpfungsquote der vorliegenden Erhebung beträgt beispielsweise 16.9 Prozent. 83.1 Prozent konnten demnach nicht erreicht werden, bzw. waren nicht bereit, an der Umfrage teilzunehmen. Um solche Verzerrungen bei der Stichprobenausschöpfung zu korrigieren, werden gemeinhin Gewichtungsverfahren eingesetzt.

Auch bei der vorliegenden Studie wurden Gewichtungsfaktoren verwendet. Das dabei eingesetzte Gewichtungsverfahren war ein Kalibrationsverfahren<sup>11</sup>, das *Iterative Proportional Fitting (IPF)*, auch

<sup>10</sup> In der Praxis kommt es aufgrund der Zeitverzögerungen zwischen der Registeraktualisierung sowie der Stichprobenziehung einerseits und dem Versand unserer Einladungsschreiben andererseits dennoch zu einigen durch Umzüge, Todesfälle etc. bedingten Ausfällen (vgl. Tabelle 9), was allerdings bloss vernachlässigbar kleine Verzerrungen nach sich zieht.

<sup>11</sup> Die in der Literatur verwendete Terminologie ist leider nicht einheitlich. Ab und an wird das hier verwendete Verfahren auch generell als Poststratifikation bezeichnet. Darunter verstehen wir Gewichtungsverfahren, die eine Angleichung der Stichprobenwerte aller (kreuztabulierten) Gewichtungsklassen an deren bekannte Populationsverteilung vornehmen. Wir beschränken den Begriff der Poststratifikation auf Verfahren, bei denen Zellsommen (im Gegensatz zu Randsummen, vgl. Kalibration) angeglichen werden. Unter Kalibrierungsverfahren verstehen wir hingegen Adaptionstechniken, mit denen die Randverteilungen der realisierten Stichprobe an bekannte Randverteilungen in der Bevölkerung angeglichen werden. Der Unterschied zur Poststratifikation liegt darin, dass bei der Kalibration keine Schichtung in sich *gegenseitig ausschliessende* Strata vorgenommen wird. Mit anderen Worten: Es werden keine Sollvorgaben für einzelne Gewichtungszellen definiert, sondern lediglich für die Randsummen.

*Raking* oder *Raking Ratio* genannt). Mit einem bestimmten Algorithmus<sup>12</sup> werden beim Raking die Randverteilungen zwischen Stichprobe und den bekannten Parametern der Grundgesamtheit durch ein iteratives Vorgehen in Einklang gebracht.<sup>13</sup>

Der Erfolg eines Raking-Verfahrens ist im Wesentlichen davon abhängig, ob die folgende Annahme zutrifft: Die Respondenten *innerhalb der einzelnen Klassen* einer GewichtungsvARIABLEN müssen stellvertretend für die Nichtrespondenten in denselben Klassen stehen. Am Beispiel des Mittelwertes als interessierende Grösse bedeutet dies:  $\bar{Y}_r = \bar{Y}_n$ , wobei  $r$  für die Gruppe der Respondenten innerhalb einer bestimmten Merkmalsgruppe steht (z. B. über 60-jährige Frauen) und  $n$  für die Nicht-Respondenten aus derselben Gruppe. Diese Annahme kann nicht überprüft werden. Aber gleichzeitig macht sie auf die grosse Bedeutung der Auswahl der Gewichtungskriterien aufmerksam. Für unsere Studie wurde eine Angleichung nach den Kriterien Teilnahme und Entscheidverhalten (bei allen vier Vorlagen) vorgenommen.

### 3.4 Zur Inferenz

Resultate von Bevölkerungsumfragen sind stets mit einer gewissen Unsicherheit behaftet. Bei Zufallsstichproben kann man diese Unsicherheit indessen angeben. Getan wird dies in aller Regel dadurch, indem man für alle Statistiken auch das zugehörige *Konfidenzintervall* ausweist. Dieses Intervall gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer von vornherein festgelegten Wahrscheinlichkeit zu liegen kommt. Diese Wahrscheinlichkeit (auch «Konfidenzniveau» genannt) haben wir auf 95 Prozent festgelegt («doppelter Standardfehler»). Die entsprechende Bandbreite informiert demnach darüber, in welchem Prozentbereich der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit zu liegen kommt. Das 95 %-Konfidenzintervall ist dabei vom Stichprobenumfang ( $n$ ) wie auch der Verteilung der Variablenwerte ( $\hat{p} \cdot (1 - \hat{p})$ ) abhängig.

$$p_{o,u} = \pm 1.96 \cdot \sqrt{\frac{\hat{p} \cdot (1 - \hat{p})}{n}}$$

Dazu ein Beispiel: Gehen wir zunächst von einem ausgeglichenen Stimmenverhältnis (d. h. einem

<sup>12</sup> Die klassische IPF-Prozedur gleicht die Randsummen einer Stichprobe den vorgegebenen Randsummen iterativ nach folgendem Algorithmus an:

$$\hat{m}_{ij}^{(2\eta-1)} = \frac{\hat{m}_{ij}^{(2\eta-2)} x_{i+}}{\sum_{k=1}^J \hat{m}_{ik}^{(2\eta-2)}}$$

$$\hat{m}_{ij}^{(2\eta)} = \frac{\hat{m}_{ij}^{(2\eta-1)} x_{+j}}{\sum_{k=1}^I \hat{m}_{kj}^{(2\eta-1)}}$$

<sup>13</sup> Für unsere Schätzung haben wir das R-Paket *anesrake* verwendet. *anesrake* erlaubt ein sogenanntes *Trimming* (oder auch: *Truncating*) der Gewichte. Gemeint ist damit eine «Plafonierung» der Gewichtungswerte, dadurch dass eine Obergrenze definiert wird. Generell wird dadurch, dass man Obergrenzen (und teilweise auch Untergrenzen) für die Gewichtungswerte festlegt, verhindert, dass einzelnen Beobachtungen extrem hohe Gewichtungswerte zugewiesen werden. Gleichzeitig wird dadurch auch eine Verringerung des MSE angestrebt. In der angewandten Forschung kursieren unterschiedliche Richtwerte dazu. Wir haben einen Maximalwert von 5 definiert, die tatsächlich errechneten Maximalgewichte betragen allerdings nur 2.14 (nach Teilnahme) bzw. 1.36 (nach Stimmentscheiden). Die kleinsten errechneten Gewichte kamen indes bei 0.52 (nach Teilnahme) bzw. 0.81 (nach Stimmentscheiden) zu liegen.

Anteil von 50 Prozent Ja-Stimmen und 50 Prozent Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von 1'000 Befragten aus. In einem solchen Fall betrüge der Stichprobenfehler  $\pm 3.1$  Prozentpunkte und das dazugehörige Konfidenzintervall käme demnach zwischen 46.9 und 53.1 Prozent zu liegen. Mit anderen Worten: Der wahre Wert in der Grundgesamtheit aller Aargauer Stimmenden käme mit einer 95 %-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.9 und 53.1 Prozent zu liegen. Dieser Zufallsfehler erhöht sich – wie aus obiger Formel ersichtlich – mit abnehmender Befragtenzahl nach dem Wurzel-n-Gesetz (d. h. der Stichprobenfehler verändert sich umgekehrt proportional zur Quadratwurzel der Stichprobengrösse), verringert sich indessen, je unausgeglichener das Stimmenverhältnis ist. In der Praxis bedeutet dies, dass sich der Stichprobenfehler vor allem bei kleinen Merkmalsgruppen erheblich erhöhen kann, was in der Folge die statistische Aussagekraft der entsprechenden Resultate stark beeinträchtigt.

## Anhang

Tabelle 10: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmen-  
den, gewichtet)

<b>Merkmale</b>	<b>Anteil Ja in %</b>	<b>n</b>	<b>Cramér's V Standardfehler</b>
<b>Total</b>	25	886	
<b>Geschlecht</b>			V = n.s.
Mann	24	501	±3.7
Frau	28	382	±4.5
<b>Alter</b>			V = .14**
18-29 Jahre	40	77	±10.9
30-39 Jahre	29	83	±9.8
40-49 Jahre	20	108	±7.5
50-59 Jahre	30	203	±6.3
60-69 Jahre	26	182	±6.4
70 Jahre und älter	19	231	±5.1
<b>Äquivalenzeinkommen</b>			V = .11*
1. Quartil (bis 3'750 CHF)	33	199	±6.5
2. Quartil (3'751-5'300 CHF)	29	253	±5.6
3. Quartil (5'301-7'240 CHF)	23	136	±7.1
4. Quartil (>7'240 CHF)	19	172	±5.9
<b>Bildungsniveau (höchster Schulabschluss)</b>			V = n.s.
Obligatorische Schulbildung	20	39	±12.6
Berufliche Grundbildung/Berufslehre	26	338	±4.7
Maturität/höhere Berufsbildung	24	223	±5.6
Fachhochschule/Uni/ETH	28	281	±5.2
<b>(Erwartete) Persönliche Auswirkungen</b>			V = .31***
Keine	31	527	±3.9
Zum Besseren	67	43	±14.1
Zum Schlechteren	8	243	±3.4
Weiss nicht	21	55	±10.8
<b>Subjektive Einschätzung Einkommensverhältnisse</b>			V = n.s.
Einkommen reicht überhaupt nicht aus	38	13	±26.4
Einkommen reicht eher nicht aus	31	97	±9.2
Einkommen reicht ziemlich gut aus	28	419	±4.3
Einkommen reicht sehr gut aus	21	343	±4.3

Tabelle 11: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmen-  
den, gewichtet)

<b>Merkmale</b>	<b>Anteil Ja in %</b>	<b>n</b>	<b>Cramér's V Standardfehler</b>
<b>Total</b>	25	886	
<b>Zivilstand</b>			V = .12**
Ledig	33	185	±6.8
Verheiratet	22	562	±3.4
Verwitwet	24	50	±11.8
Geschieden	35	78	±10.6
In eingetragener Partnerschaft	27	9	±29.0
<b>Konfession</b>			V = .17***
Keine/konfessionslos	36	234	±6.2
Protestantisch/reformiert/evangelisch	24	316	±4.7
Katholisch/christkatholisch/altkatholisch	18	298	±4.4
Andere	30	38	±14.6
<b>Beschäftigungsgrad</b>			V = n.s.
Vollzeit erwerbstätig 90% oder mehr	27	279	±5.2
Teilzeit erwerbstätig 70–89%	34	86	±10.0
Teilzeit erwerbstätig 50–69%	32	67	±11.2
Teilzeit erwerbstätig weniger als 50%	29	95	±9.1
<b>Wohnsituation</b>			V = .15***
Mieter/in oder Pächter/in	35	227	±6.2
Eigentümer/in	21	612	±3.2
Anderes (z. B. Frei-, Dienstwohnung)	32	37	±15.0
<b>Erwerbsstatus</b>			V = .16***
Selbständig	17	58	±9.7
Angestellt	31	374	±4.7
Andere Erwerbspersonen	19	19	±17.6
In Ausbildung	46	39	±15.6
Im Ruhestand	21	323	±4.4
Hausfrau/Hausmann	12	26	±12.5
Andere Nicht-Erwerbspersonen	23	15	±21.3
<b>Sektor</b>			V = .19***
Privat	23	340	±4.5
Öffentliche Hand	38	140	±8.0
Anderes	48	51	±13.7



Tabelle 12: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

<b>Merkmale</b>	<b>Anteil Ja in %</b>	<b>n</b>	<b>Cramérs V Standardfehler</b>
<b>Total</b>	25	886	
<b>Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)</b>			V = .45***
Links aussen (0-2)	74	72	±10.1
Links (3,4)	46	224	±6.5
Mitte (5)	19	186	±5.6
Rechts (6,7)	10	258	±3.7
Rechts aussen (8-10)	12	109	±6.1
<b>Parteiidentifikation</b>			V = .45***
Grüne	62	67	±11.6
SP	61	144	±8.0
glp	25	70	±10.1
CVP	16	87	±7.7
SVP	13	172	±5.0
FDP	7	153	±4.0
Andere, mehrere	26	88	±9.2
Keine	19	105	±7.5
<b>Regierungsvertrauen (0-10)</b>			V = .19***
Sehr gering/gering (0-4)	42	112	±9.1
Mittel (5)	32	129	±8.0
Hoch (6-8)	22	513	±3.6
Sehr hoch (9,10)	13	100	±6.6
<b>Staatliche Kontrolle vs. unternehmerische Freiheit (1-5)</b>			V = .37***
Stärkere staatliche Kontrolle (1,2)	51	205	±6.8
Mitte (3)	30	268	±5.5
Mehr unternehmerische Freiheit (4,5)	11	381	±3.1
<b>Mehr Staat vs. mehr Eigenverantwortung (1-5)</b>			V = .43***
Mehr Staat (1,2)	60	202	±6.8
Mitte (3)	24	245	±5.3
Mehr Eigenverantwortung (4,5)	12	413	±3.1

Tabelle 13: Stimmverhalten nach kognitiven Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet)

<b>Merkmale</b>	<b>Anteil Ja in %</b>	<b>n</b>	<b>Cramérs V Standardfehler</b>
<b>Total</b>	25	886	
<b>Verständnisschwierigkeiten</b>			V = n.s.
Eher leicht	24	708	±3.1
Eher schwer	30	145	±7.5
<b>Entscheidungszeitpunkt</b>			V = n.s.
Von Anfang an	23	493	±3.7
Während des Abstimmungskampfes	28	255	±5.5
Im letzten Moment	31	117	±8.4
<b>Wahrnehmung politische Werbung</b>			V = .13**
Ja, mehrheitlich aus dem Pro-Lager	26	107	±8.3
Ja, mehrheitlich aus dem Kontra-Lager	43	85	±10.5
Ja, von beiden Seiten etwa im gleichen Masse	22	229	±5.4
Nein	25	423	±4.1

## Abbildungsverzeichnis

1	Gründe für die Nicht-Teilnahme am Urnengang (in % der Nicht-Teilnehmenden) . . .	8
2	Mediennutzung (in % der Teilnehmenden, n=806-927) . . . . .	11
3	Hauptmotiv für die Annahme der Millionärssteuerinitiative . . . . .	17
4	Hauptmotiv für die Ablehnung der Millionärssteuerinitiative . . . . .	18
5	Anklang von Pro- und Kontra-Argumenten zur Millionärssteuerinitiative . . . . .	19
6	Grad des Einverständnisses mit dem Pro-Argument «Höhere Steuereinnahmen gegen Leistungsabbau» . . . . .	20
7	Grad des Einverständnisses mit dem Pro-Argument «Reiche sollten sich stärker an Finanzierung des Staates beteiligen» . . . . .	20
8	Grad des Einverständnisses mit dem Pro-Argument «Vermögenssteuer bringt Kantonshaushalt wieder ins Lot» . . . . .	21
9	Grad des Einverständnisses mit dem Kontra-Argument «Reiche ziehen weg, was zu Steuerausfällen führt» . . . . .	22
10	Grad des Einverständnisses mit dem Kontra-Argument «Steuern im Aargau sollten generell tief sein» . . . . .	22
11	Grad des Einverständnisses mit dem Kontra-Argument «Wohlhabende finden immer ein Schlupfloch» . . . . .	23
12	Relative Einflussstärken der Argumente auf den Stimmentscheid (Logitkoeffizienten)	24

## Tabellenverzeichnis

1	Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten) .	6
2	Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten) . . . . .	7
3	Persönliche Bedeutung der Vorlage (Anteile in %) . . . . .	9
4	Informiertheit (Anteile in % der Stimmenden) . . . . .	10
5	Verständnisschwierigkeiten in % der Stimmenden . . . . .	11
6	Entscheidzeitpunkt (in % der Stimmenden) . . . . .	13
7	Stimmverhalten nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet) . . . . .	14
8	Stimmverhalten nach ausgewählten politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet) . . . . .	16
9	Ausschöpfung der Stichprobe . . . . .	26
10	Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet) . . . . .	29
11	Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet) . . . . .	30
12	Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet) . . . . .	31
13	Stimmverhalten nach kognitiven Merkmalen (in % der materiell Stimmenden, gewichtet) . . . . .	32

## Impressum

Die FOKUS-Aargau-Studien untersuchen das Stimmverhalten bei kantonalen Abstimmungen und Wahlen. FOKUS Aargau wird vom Swisslos-Fonds des Kantons Aargau finanziert. Die Erhebung der Daten erfolgt durch die Firma publitest aus Zürich, während die Analysen vom Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA) durchgeführt werden. Die Schlussberichte sind fünf bis sechs Wochen nach dem Abstimmungs- oder Wahltermin auf der Webseite [berichte.fokus.ag](https://berichte.fokus.ag) abrufbar, weitere Analysen finden sich unter [analysen.fokus.ag](https://analysen.fokus.ag). Die den Studien zugrunde liegenden Fragebogen sind auf derselben Seite frei zugänglich.

## Projektverantwortung

Uwe Serdült und Thomas Milic

## Autoren der vorliegenden Studie

Thomas Milic, Salim Brüggemann und Uwe Serdült, Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

## Zitiervorschlag

Thomas Milic, Salim Brüggemann und Uwe Serdült (2018): «Studie zur kantonalen Volksabstimmung vom 23. September 2018». *FOKUS Aargau Nr. 1*. Aarau, Zentrum für Demokratie Aarau.

ISSN: 2624-7399

ISBN: 978-3-906918-03-7

## Kontakt

Zentrum für Demokratie Aarau (ZDA)

FOKUS Aargau

Villa Blumenhalde

Küttigerstrasse 21

CH-5000 Aarau

[info@fokus.ag](mailto:info@fokus.ag)

[www.fokus.ag](https://www.fokus.ag)